

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh / Einzelpreis 70 Heller

Redaktion und Verwaltung: Prag XII., Gochova 62 - Telefon 53077 - Herausgeber: Siegfried Taub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

17. Jahrgang

Donnerstag, 11. November 1937

Nr. 265

## Die Aufteilung der 1150 Millionen

### Finanzminister Dr. Kalfus über die neuen Bedeckungsvorlagen

Prag. Am Mittwoch gab Finanzminister Dr. Kalfus den Vertretern der Tagespresse zum erstenmal genauere Einzelheiten über die Bedeckungsvorlagen zum Staatsvoranschlag bekannt, die nach langwierigen Verhandlungen — bis auf einzelne Punkte — nunmehr fertig ausgearbeitet sind und dem Parlament am nächsten Montag vorgelegt werden sollen.

Einleitend betonte der Minister, daß die Opfer, die die Bedeckungsvorlagen zweifellos bedeuten, zur Verteidigung des Staates gebracht werden, und er fügte hinzu, daß das Budget durch diese Bedeckungsvorlagen keineswegs nur ziffernmäßig, sondern auch reell im Gleichgewicht sei.

### Staatsverteidigungsbeitrag

Der Staatsverteidigungsbeitrag wurde nach langen Beratungen direkt auf die Einkommensteuer übertragen. Aus der Statistik vom Jahre 1933 geht hervor, daß von den versteuerten Einkommen von 26 Milliarden Kč 10 Milliarden auf Einkommen bis zu 23.336 Kč, die im Wege des Abzugs ohne Bescheinigung versteuert werden, 6 Milliarden auf Einkommen aus Dienstbezügen, die auf Grund von Steuerbefreiungen versteuert werden, und nur 10 Milliarden auf alle übrigen Einkommen.

Den Staatsverteidigungsbeitrag werden sämtliche Einkommensteuerzahler, weiters die grundsätzlich der besondern Erwerbsteuer unterliegenden Betriebe und von den der allgemeinen Erwerbsteuer unterliegenden Betrieben nur die Betriebe von Gesellschaften unterworfen sein. Anfallen werden die der allgemeinen Erwerbsteuer unterliegenden Betriebe von diesem Beitrag ausgenommen sein.

Der reguläre Satz des Staatsverteidigungsbeitrages wird 4 Prozent des Reinertrages aus den einzelnen Einkommensquellen betragen. Im Hinblick darauf, daß das Einkommen der Gehaltsbezieher von der Steuerbefreiung am vollkommensten erfaßt wird und daß es im wesentlichen ein Arbeitereinkommen ist, wurde für sie ein niedrigerer Prozentsatz des Beitrages gewählt.

Bei Dienstbezügen aus nichtsubventionierten Einkommen wird deshalb der reguläre Steuersatz abstrahiert und nach folgenden Grundsätzen angemessen herabgesetzt:

Weine Dienstzeiteinkommen bis 60.000 Kč werden nur in der Höhe von 1½ Prozent erfaßt, reine Dienstzeiteinkommen von 60.000 bis 100.000 Kč mit 2½ Prozent, über 100.000 Kč mit 4 Prozent und über 200.000 Kč mit 5 Prozent.

Tabel wird die Höhe des Beitrages in der Weise nach oben begrenzt, daß sie bei Dienstbezügen 60 Prozent der Einkommensteuer unter Hinzurechnung der eventuellen Kräftesteuer, bei den übrigen Einkommen 80 Prozent nicht übersteigen darf.

Bei Betrieben, die der besondern Erwerbsteuer unterliegen und bei Betrieben von Vereinen, die der allgemeinen Erwerbsteuer unterworfen sind, wird der Staatsverteidigungsbeitrag grundsätzlich als 40prozentiger Zuschlag zur Erwerbsteuer einbehalten werden mit dem Unterschied, daß sich die Grundlage für diesen Zuschlag um den Betrag der Beiträge aus den Grund- und Hauszinssteuer unterliegenden Gegenständen erweitert. Der Satz dieses 40prozentigen Zuschlages muß minimal 1½ pro Tausend des Umsatzes erreichen.

### Steuer von außerordentlichen Gewinnen

Der Steuer von außerordentlichen Gewinnen werden die Gewinne von Betrieben über 50.000 Kč unterworfen sein. Bei den der allgemeinen Erwerbsteuer unterworfenen Betrieben wird die Steuer von Gewinnen bis 100.000 Kč 2½ Prozent, bis 140.000 Kč 4 Prozent, bis 200.000 Kč 6 Prozent und bei höheren Gewinnen 8 Prozent des gesamten Reinertrages (nach Abzug der Erwerbsteuer) betragen. Dies werden also die Einkommen (Gehalts) und die Einnahmen aus dem Grund- und Hauszins nicht in die Steuergrundlage einbezogen.

Bei den der besondern Erwerbsteuer unterliegenden Betrieben wird die Steuer zehn Prozent bei denjenigen Betrieben betragen, die einem neunprozentigen Satz der Erwerbsteuer unterliegen, und sechs Prozent des Reinertrages bei Betrieben, die mit niedrigeren Gewinnsätzen der Erwerbsteuer unterworfen sind. Bei Betrieben, bei denen die Erwerbsteuer pauschal ist, wird die Steuer aus außerordentlichen Gewinnen in der Höhe von 100 Prozent des Steuerpauchsals einbezogen.

Die Steuerbemessung erfolgt ohne Ermessen, ist 30 Tage nach der Feststellung zahlbar und wird durch fünf Jahre eingehoben werden.

Am weiteren sprach der Minister von den Bedeckungsvorlagen auf dem Gebiete der Verbrauchsteuer, der Gebühren und des Meereszolls, deren Ertrag auf 875 Millionen geschätzt wird. Außerdem gehört hierher auch das Abrechnungskommen der Regierung über die Regelung des Steuerpauchsals aus dem Umsatz von

Zucker, Spiritus, Textilien und Mineralölen.

### Die Steuer von Kunstspisefetten

Nach der Statistik werden in der Republik ungefähr ein Sechstel Kunstfette und fünf Sechstel natürliche Fette konsumiert, also jährlich an Kunstfetten etwa 7000 Waggon, an natürlichen Fetten, hauptsächlich Butter und Fett, etwa 35.000 Waggon. Die Erhöhung der Steuern wird sich bei der billigsten Sorte, dem Kunstfett, das das unerlässliche Nahrungsmittel der wirtschaftlich schwächeren Haushalte bildet, nicht im Preise des Produktes auswirken. Hier tragen die Produzenten die Differenz; als Gegenleistung wird die Verpflichtung zur Beimischung von Schweinefett zur Margarine aufgehoben. Die bisherige Steuer wird folgendermaßen erhöht: Bei Kunstfett von 30 auf 80 Heller (wird vom Produzenten bezahlt), bei Kunstbutter von 60 Heller auf 1,80 Kč und bei Speisefett von 70 Heller auf 2 Kč pro Kilogramm. Der Ertrag wird auf ungefähr 60 Millionen Kč geschätzt.

### Biersteuer um 10 h pro Liter erhöht

Die Neuregelung der Biersteuer, über die in der Regierung und in der Koalition erst am Dienstag ein Einvernehmen erzielt wurde, rechnet damit, daß die Biersteuer linear ohne Rücksicht auf die Sorte um 10 Heller pro Liter erhöht wird. Durch eine besonders im Gele ausgekommene Klausel wird garantiert werden, daß der Bierpreis im Kleinverkauf nicht über diesen Satz, das ist nicht mehr als 5 Heller für ein Krugel, verteuert werden darf. Der Ertrag wird auf 80 Millionen Kč geschätzt.

### Limonaden etc: 20 h pro Liter

Die Steuer von Limonaden, Mineralwässern und von Sodawasser wird linear bei allen drei Gattungen um 20 Heller pro Liter erhöht. Der voraussichtliche Ertrag ist 15 Millionen.

### Naturweine ausgenommen

Der Steueratz bei Wein (einschließlich des Landeszuschlages) wird bei Weinen bis 12 Prozent Alkoholgehalt in der bisherigen Höhe belassen, bei Weinen von 13 Prozent Alkoholgehalt an wird die Steuer auf 2,50 Kč pro Liter erhöht (Mehrertrag 5 Millionen). Hier handelt es sich hauptsächlich um künstliche, alkoholfreie Weine, die in der Regel an unterböhmischem höheren Preisen verkauft werden als Naturweine. Gleichzeitig wurde auch die Steuerkontrolle geregelt.

In der Republik werden ungefähr 8 Millionen Hektoliter Bier, 40.000 Hektoliter Wein, 750.000 bis 800.000 Hektoliter Sodawasser und Mineralwässer konsumiert.

### Süßstoffmonopol

Durch einen weiteren Gesetzentwurf wird das Staatsmonopol der künstlichen Süßstoffe neu geregelt. Die Lizenzgebühren wird unifiziert und auf den heutigen Wert, das ist das Sechsfache, valori-

siert werden. Der Ertrag aus diesem Monopol wird auf 10 Millionen Kč geschätzt.

### Kautschuksteuer

Die Steuer von Kautschuk, Guttapercha und Balata, deren technische Details noch den Gegenstand der Reformarbeiten bilden, wird wahrscheinlich die Fertigfabrikate erfassen.

### Kartellvertragsgebühr

Durch das bisherige Steuerentwurf sind die Vorteile nicht aufgewertet, welche den Kartellvereinigungen aus dem Schutz, den ihnen die geltende Rechtsordnung gewährt, erwachsen. Daher wird eine jährliche Abgabe von Kartellverträgen eingeführt werden. Der entsprechende Gesetzentwurf ist in Vorbereitung.

### Spielkartenstempel

Der Gesetzentwurf über den Spielkartenstempel erhöht die Stempelgebühren von Spielkarten und zieht insbesondere Spielkarten aus haltbarerem Material als Papier und Karton in Betracht. Der Ertrag daraus wird auf zwei Millionen Kč geschätzt.

### Baugreß

Der Restek, das heißt die teilweise Rückzahlung der leistungswirtschaftlichen Subvention für Neubauten soll im ersten Jahre einen Ertrag von 20 Millionen bringen, der in den folgenden Jahren ebenfalls die Höhe von 40 Millionen Kč erreichen kann.

### Zucker: 70 Millionen

Die Regelung des Umsatzsteuerpauchsals beim Zucker wird in der Weise vorgenommen, daß das Pauschal um 20 Kč beim Weiterverkauf erhöht wird, wobei jedoch der Preis des Konsumgutes nicht verteuert werden wird. Diese Maßnahme wird 70 Millionen Kč ergeben.

### Spiritus: 30 Millionen

Das bisherige Umsatzsteuerpauchal bei Trinkspiritus wird in der Weise erhöht, daß der neue Ertrag ungefähr 30 Millionen Kč betragen wird. Diese Pauschalerhöhung wird von der Spiritusindustrie aus eigenem getragen. Es wird sich also diese Erhöhung für den Konsumenten nicht auswirken.

### Textilien: 100 Millionen

Das Umsatzsteuerpauchal von Textilien wird um 3½ Prozent auf insgesamt 10 Prozent erhöht, womit wir zu dem Stande zurückkehren, der vor der Einführung des Pauschals bestand. Der erwartete Ertrag wird einschließlich der vollkommeneren Erfassung der Konfektion auf 100 Millionen Kč geschätzt.

### Benzin: 10 h pro Liter

Das Mineralölsteuerpauchal wird durch die Neuregelung um 50 Millionen erhöht, wovon jedoch in die Staatskasse nur 10 Millionen fließen. Der restliche Ertrag wird dem Straßenbau zugewandt, um den Verlust in den Einnahmen dieses Fonds auszugleichen, der aus dem Sinken des Importes ausländischer Pneumatik entstanden ist, wodurch sich der Kollektortax aus Automobiltreibern auf ein Minimum ermäßigt hat. Diese Erhöhung des Umsatzsteuerpauchsals bei Mineralölen wird eine Verteuerung der Spiritus-Benzin-Mischung um 10 Heller pro Liter zur Folge haben.

Von der ganzen Neubelastung entfallen auf die Verbrauchsteuer rund 200 Millionen, auf Gehaltssteuern 62 Millionen, auf den Meereszoll 20 Millionen, auf die Umsatzsteuer 220 Millionen Kč. Der Rest auf die direkten Steuern.

## Aus dem Inhalt:

Lord Halifax nach Berlin?

Macdonald gestorben

Raunzen rechts

Das neue Clearingabkommen mit Deutschland

## Neue Steuern

Die Vorlagen, durch welche das Budgetgleichgewicht hergestellt werden soll, wurden nunmehr vom Finanzminister der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Es wäre wohl von allen, die sie angehen, lieber gesehen worden, wenn die Klarheit über den Umfang, die Art und die Verteilung der Steuern früher eingetreten und so die verständliche Unruhe vermieden worden wäre, die entstand, als die Nachrichten über die Steuerpläne durchsickerten, und mehr noch, als sie übertrrieben wurden. Jetzt, da diese Klarheit geschaffen ist, und da ein Vergleich zwischen dem Beginn und dem Ergebnis dieser vielleicht schwersten Budgetarbeiten gezogen werden kann, kann vor allem eines gesagt werden: Diese langwierigen Verhandlungen, diese Nervenanspannung der letzten Wochen haben bewirkt, daß die Lasten, welche die Bevölkerung auf sich nehmen muß, so verteilt werden, daß an sie der Maßstab einer sozialen Prüfung angelegt werden kann.

Das Opfer von allen und von jedem werden gebracht werden müssen, war seit langem klar und man spricht nur Tatsachen aus, wenn man feststellt, daß jeder Tag sozialistischer Kränkungen und jede neue politische Aktion der sozialistischen Staaten die Lasten nicht nur der eigenen Angehörigen steigern, sondern Lasten auch den andern auferlegen. Es ist nicht unsere Absicht, hier zu wiederholen, wie ungeheuerlich die Bevölkerung dieser sogenannten dynamischen Staaten durch das Mißtrauensbudget ihrer Länder gedrückt wird und wie trotz aller Propaganda für die Aufrichtung des Dritten Reichs seinen Bürgern die Ziffern der Ausgaben für die Kriegsvorbereitung nicht zu sagen wagt. Es gibt für die demokratischen Staaten keine Wahl: Wollen sie nicht das Schicksal Spaniens oder Chinas erleiden, müssen sie vorbereitet sein. Wenn sich die durch Meere geschützten Vereinigten Staaten gegenwärtig sehen, für ihre Heeresausrüstung Summen bereitzustellen, die alle früheren übersteigen — um wieviel größer ist der Druck für einen so exponierten Staat wie die Tschechoslowakei!

Nicht die Notwendigkeiten der Staatsverteidigung konnten und können unstritten sein. Entscheidend war und ist die Frage der Lastenverteilung.

In der Steuerpolitik der Tschechoslowakei bedeutet der Antritt des heutigen Koalitionssystems, dem die sozialistischen Parteien angehören, einen deutlich sichtbaren Wandel. Die Steuern der bürgerlichen Regierung, mit dem Gesetz über die direkten Steuern an der Spitze, hatten, in der höchsten Konjunktursituation, eine Entlastung der Besitzarten auf Kosten der sozial schwachen Schichten gebracht. Seit dem Jahre 1929 jedoch ist an jedem Gesetz und jeder Verordnung, welche finanzielle Leistungen der Bevölkerung betrifft, der Grundsatz nachweisbar, diejenigen stärker heranzuziehen, die dank ihrer wirtschaftlichen Stellung höhere Leistungen auf sich zu nehmen in der Lage sind. Die Progression der Zuschläge zur Einkommensteuer ist ein charakteristisches Beispiel für diese von sozialen Gesichtspunkten ausgehende Steuerpolitik des Staates.

Auch bei den Verhandlungen über die Aufbringung der Mittel, die zur Bedeckung des Voranschlages notwendig sind, war die Durchsicht dieses Grundsatzes das Ziel der sozialistischen Parteien. Es war diesmal umso schwerer, als die Beträge, um die es ging, so hoch waren, daß es größter Anspannung bedurfte, um die Belastung kleiner Einkommen vor untragbaren Lasten zu bewahren — selbst wenn vorher der Grundsatz der größeren Besteuerung der Vermögensgüter angewendet wurde.

Dieses Ziel wurde erreicht. Dieses äußert sich u. a. darin, daß beim Mehrbeitrag, der als Zuschlag zur Einkommensteuer eingehoben werden wird, diese Mehrbelastung bei Gehaltsempfängern, deren Einkommen im Absatzweg ebesteuert wird, dieser Zuschlag bei einem Einkommen bis zu 8000 Kronen jährlich überhaupt nicht vorgeschrieben wird, und daß er bei den höheren Stufen dieser Gehaltsempfänger mit 60 Prozent der bisherigen Einkommensteuer befreit wird. Praktisch bedeutet dies, daß zum Beispiel Einkommen bis zu 12.000 Kronen jährlich mit 60 Heller in der Woche, Einkommen bis zu 15.000 Kronen jährlich mit 135 Heller in der Woche mehr besteuert werden. Gehaltsempfänger, welchen die Einkommensteuer nicht abzusuchen ist, werden bis zu einem Jahreseinkommen von 15.000 Kronen ebenfalls um den

## Alarm in Belgrad

### Selbstmordversuch des Belgrader Garnisonskommandanten

London. (E.-B.) Aus Belgrad wird gemeldet, daß seit Mittwoch nachmittags die Presse unter einer scharfen Zensur steht und daß auch die Telefongespräche zensuriert werden. Die Belgrader Garnison ist in Bereitschaft. Der Prinzregent Pavle und Ministerpräsident Stojadinovic, die sich in Slowenien auf der Jagd befanden, wurden telefonisch nach Belgrad berufen. Die Offiziere und Soldaten der Belgrader Garnison wurden in den frühen Morgenstunden aus den Betten geholt. Alle Generale, darunter auch jener, der dem jungen König attached ist, wurden auf ihre Posten befohlen.

Wie aus Belgrad amtlich gemeldet wird, unternahm in der Nacht auf Mittwoch der Kom-

mandant der Belgrader Garnison, General Ustaslaw Tomić, einen Selbstmordversuch. Er legte sich in seinem Zimmer in sein Bett und schoß sich in das Herz. Die Verletzung ist so ernst, daß Zweifel bestehen, ob er am Leben wird erhalten werden können. — Die amtlichen Kreise haben eine Untersuchung des Vorfalls eingeleitet, doch soll es bisher nicht gelungen sein, die Gründe des Selbstmordversuches präzise festzustellen.

London. (E.-B.) An General Tomić wurde um 11 Uhr vormittags eine Bluttransfusion vorgenommen, aber es besteht wenig Hoffnung, daß er am Leben erhalten werden kann. Ob politische Hintergründe für diesen Selbstmordversuch maßgebend waren, läßt sich infolge der Zensur nicht feststellen.



angeführten Prozentfuß stärker besteuert. In den höheren Einkommensstufen wird dann die Besteuerung einschließlich des Wehrbeitrages von 5,1 Prozent bei einem Jahreseinkommen von 18.000 Kronen an immer stärker steigen, um z. B. bei jährlich 60.000 Kronen 9,2 Prozent gegenüber 1,9 Prozent in der niedrigsten Stufe zu erreichen. Bei Einkommenssteuergählern, die Nicht-Gehaltsempfänger sind, wurde der Zuschlag mit 80 Prozent der jetzigen Steuer begrenzt und ist bis zu einem Jahreseinkommen von 25.000 Kronen gestaffelt. Von 30.000 Kronen angefangen beträgt der Zuschlag 4 Prozent des Einkommens.

Wir haben an einigen Beispielen, welche die große Masse der Arbeiter und Angestellten betreffen, gezeigt, daß die Regelung des Wehrbeitrages in möglichst sozialer Weise erfolgte. Voll begründet ist es hingegen, daß der Staat die Konjunkturgewinne schärfer heranzieht und sowohl die allgemeine als auch die besondere Erwerbsteuer — unter Schonung der Kleinrenten selbständig erwerbstätigen Menschen — Zuschläge unterwirft. In die Linie dieser größeren Besteuerung der Konjunkturgewinne gehören auch die Veränderungen in den Steuervorschriften für die Spiritusindustrie, die ungefähr 80 Millionen Kr. zu tragen haben wird, und der Ruderindustrie, deren Wehrbesteuerung ungefähr 70 Millionen Kronen ausmachen wird. In beiden Fällen wird dies ohne Erhöhung der Preise geschehen. Es wurde während der Verhandlungen mit Entschiedenheit festgesetzt, daß auch die Mehrleistungen der Ruderindustrie ihren Gewinnen noch nicht angemessen ist und daß durch die jetzige Lösung die Frage der Ruderpreisobergrenze weder als erledigt noch als aufgehoben betrachtet werden darf.

Einer Hervorhebung bedürfen noch zwei Vorlagen: Es ist dies die Biersteuer und die Steuer von Kunstpfelsteuern. Die ursprünglich in höherem Ausmaß geplante Besteuerung des Biers wurde auf fünf Heller für den halben Liter herabgesetzt. Um diesen Betrag — aber auch nicht um mehr — dürfte der Bierpreis in absehbarer Zeit erhöht werden. Große Schwierigkeiten bereitet die Regelung der Kunstpfelsteuer. Doch auch hier wurde eine Lösung gefunden, welche eine Preisobergrenze der billigen Volksorten verhindert, indem der Staat die feineren Sorten von Schnaps durch gesetzliche Zwangsabmischung von Schnaps zum Kunstpfel aufzuheben bereit ist, um den Preis dieser billigen Sorten stabil zu erhalten.

Die Steuerentwürfe, die nun vor das Parlament gelangen, sind das Werk eines Kompromisses, wie es in einer Koalitionsregierung nicht anders möglich ist. Das Opfer ist notwendig, um unsere Demokratie und Freiheit, um die Arbeitsbeschaffung, um alles das zu schützen, was wir uns erungen haben. Die sozialistischen Parteien haben es verhindert, daß die Verteilung der Lasten ungerecht erfolge, sie haben alles getan, um den Arbeiter, den sozial schwächeren Angestellten und Gewerbetreibenden, den kleinen Mann in Stadt und Land zu schützen. Sie können auf die getane Arbeit bilden mit dem Bewußtsein erfüllter Pflicht.

### Der Blutstrom in Deutschland

Berlin. (DPA.) Der vom Volksgerichtshof wegen Landesverrats zum Tode verurteilte 28jährige Bernhard Sander ist Mittwoch morgens hingerichtet worden.

# Europäische Generalvereinbarung?

## Eden verhandelt mit Rom und Berlin

London. (Eigenbericht.) Lord Halifax, der Lordpräsident des Kronrates, wird voraussichtlich am 22. November nach Berlin reisen, um dort Vorverhandlungen über einen von England ausgehenden Versuch zur Lösung der wichtigsten europäischen Probleme zu führen. — Bei diesen Verhandlungen soll klar gestellt werden, was die deutsche Regierung eigentlich an Forderungen gegenüber den Weltmächten hat.

Inbesondere soll die Kolonialfrage verhandelt werden, aber es soll auch klargestellt werden, welche Garantien die deutsche Regierung für die Wahrung des europäischen Friedens als Gegenleistung zu leisten bereit ist. Dieser Schritt ist in vollem Einklang mit der französischen Regierung geplant. Zu irgendwelchen Abschlüssen ist Lord Halifax nicht ermächtigt. Er soll lediglich sondieren, ob Verhandlungen erfolgreich sein und was sie zum Gegenstand haben könnten.

Ebenso wird in Rom der britische Botschafter Lord Perth in Verhandlungen mit der italienischen Regierung eintreten. Das voraussichtliche Thema dieser Verhandlungen dürfte sein: 1. das italienische Begehren nach Anerkennung der abessinischen Eroberung, 2. die englische Forderung nach der vollkommenen Räumung Spaniens von italienischen Truppen. Die italienische diplomatische Korrespondenz läßt erkennen, daß Italien zu solchen Verhandlungen bereit sein wird.

# Die Sozialversicherung in Frankreich

Das Sozialinstitut der Tschechoslowakischen Republik veranlaßt Mittwoch einen beachtenswerten Vortrag des Generaldirektors der Sozialversicherung in Frankreich, Ferdinand Dresfus, über das Thema: „Die Entwicklung der Sozialversicherung in Frankreich“.

Einnahmsfreier Aufschwung brachte der Vortragende über die historische Entwicklung der Sozialversicherung in Frankreich, die eigentlich bis in die Zeit Napoleons zurückreicht. Interessant für die damaligen Anschauungen war, daß der Staat aus politischen Gründen für einen jeden Selbsthilfsverein als Höchstzahl von Mitgliedern 500 festsetzte. Deshalb gab es vor dem Kriege in Frankreich eine unverhältnismäßig große Zahl von kleinen Kassen, und noch heute beträgt die Zahl dieser Genossenschaftskassen ungefähr 22.000. Ein Teil davon führte nur die freiwillige Krankenversicherung durch, ein kleinerer Teil jedoch auch die Altersversicherung. Eine bedeutende Veränderung brachte das Gesetz aus dem Jahre 1910 über die Arbeiter- und landwirtschaftlichen Altersrenten dadurch, indem die Versicherungspflicht für die Arbeiter und landwirtschaftlichen Arbeiter in bestimmten Bestimmungen vom 65. Jahre, später vom 60. Lebensjahre, anwuchs. Der Staatbeitrag betrug ursprünglich 100 Frs. und später 500 Frs. jährlich. Dieses Gesetz über die obligatorischen Altersrenten erweckte in der französischen Arbeiterschaft ein weiteres Interesse für die Sozialversicherung.

Die Realitätsnähe änderte auch in Frankreich in radikaler Weise die Anschauungen über Arbeiterschutz und Sozialversicherung. Nach langen Vorbereitungen und schwierigen Kämpfen kam man endlich dazu, daß am 1. Juli 1930 die Sozialversicherung in Frankreich in Kraft getreten ist. Sie besteht nun aus allen Arbeitnehmern, deren Einkommen — bei ledigen und Kinderlosen — 21.000 Frs. und — bei verheirateten Versicherern — 25.000 Frs. jährlich nicht übersteigt. Die Versicherer sind in fünf Lohnklassen eingeteilt. Der Versicherungsbeitrag beträgt 8 Prozent des Lohnes, wobei Arbeitnehmer und Arbeitgeber je die Hälfte zahlen.

Mit der Versicherung infolge Krankheit arbeitsunfähig, so daß er Anspruch auf ein wöchentliches Krankengeld, das die Hälfte des Lohnes beträgt, und zwar vom sechsten Tage der Erkrankung ansetzt, mindestens jedoch auf die Dauer von 6 Monaten. Am Ende der Mutterschaft hat die Versicherte Anspruch auf Unterhaltung 6 Wochen vor der Geburt und 6 Wochen nach der Geburt und auf eine Stillperiode in der Dauer von 12 Wochen. Weil der Versicherungsbeitrag unverhältnismäßig niedrig ist, kann die Versicherungsanstalt die mit der ärztlichen Hilfe verbundenen Kosten nicht ausschließlich selbst tragen und

deshalb muß jeder Erkrankte nach einem bestimmten Tarife für die ärztliche Hilfe selbst einen Beitrag leisten, was ein großer Mangel des Gesetzes ist.

Die Invalidenrente beträgt maximal 40 Prozent des Jahreslohnes, aber nur, wenn der Versicherte in einem Alter von weniger als 30 Jahren in die Versicherung eintritt und ansonsten wird die Rente entsprechend herabgesetzt. Die Altersrente beträgt ebenfalls höchstens 40 Prozent des Lohnes, aber unter der Bedingung, daß der Versicherte die Beiträge mindestens durch eine Zeit von 30 Jahren hindurch bezahlt hat, ansonsten wird die Rente ebenfalls verhältnismäßig herabgesetzt. Die jetzigen Renten betragen bis zu 700 bis 1000 Frs. jährlich.

Die Zahl der Versicherten beträgt jetzt ungefähr 8.000.000 Mandats- und Industrieangestellte und ungefähr 700.000 landwirtschaftliche Arbeitnehmer. Die Versicherungsbeiträge erreichten im Jahre 1935 ungefähr 3 Milliarden, im Jahre 1936 ungefähr 2 Milliarden 640 Millionen; im Jahre 1937 werden sie ungefähr 4 Milliarden Frs. betragen.

Die Krankenversicherung führt Territorialkassen durch und dann Kassen, die aus den ehemaligen Hilfsvereinen entstanden sind. Im Jahre 1935 waren 1097 Krankenkassen in Tätigkeit, 78 Versicherungsanstalten führen jetzt die Altersversicherung durch.

Die Ausgaben der Krankenversicherung betrugen im Jahre 1935 1200 Millionen Frs., für Mutterschaftsleistungen wurden ungefähr 168 Millionen Frs. und für Verwaltungsleistungen ungefähr 32 Millionen Frs. ausbezahlt. Die fakultativen Leistungen erforderten im Jahre 1935 einen Aufwand in der Höhe von 50 Millionen Frs.

Invalidentagen werden jetzt ungefähr in 60.000 Fällen gewährt. Die gesamte Auszahlung beträgt ungefähr 120 Millionen Frs. jährlich. An Altersrenten gibt es jetzt ungefähr 470.000 (die arbeitslosen Altersrenten der Arbeiter, und landwirtschaftlichen Arbeitnehmer mit inbegriffen.)

Aus diesen Erhebungen kann man die weitreichende Bedeutung dieser Versicherung nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern auch für die ganze Wirtschaft Frankreichs beobachten. Die Sozialversicherung ist das beste Mittel zur Sicherung und sozialen Konsolidierung der modernen Staaten.

Der Präsident der Republik empfing am Mittwoch den Minister Madari. Weiters empfing der Präsident eine Deputation des Verbandes tschechoslowakischer Städte, welche ihm ein Ehrenbürgerdiplom überreichte und schließlich den Präsidenten des Obergerichtes in Prag Dr. Lany.

# Auf Waffenbesitz Todesstrafe

Jerusalem. Die Mandatsregierung will amtlich mit, daß im Hinblick auf die fortgesetzten Mordtaten und Sabotageakte in Palästina am 18. November Militärgesetze für das ganze Land erlassen werden.

Unter ihre Zuständigkeit fallen das Tragen von Waffen, Bomben usw., ferner Ueberrfälle mit der Schusswaffe auf irgendwelche Personen. Diese Delikte werden mit dem Tode bestraft. Sabotageakte und gewalttätige Beeinflussungen unterliegen hohen Freiheitsstrafen.

## Die nächsten wirtschaftlichen Aufgaben der Regierung

Im Präsidium der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei gab Minister Nedas am Mittwoch bekannt, daß es gelungen sei, eine Verlängerung der Gültigkeit des ermäßigten Zolles für Fett durchzusetzen, was bedeutet, daß keine Gefahr einer Erhöhung der Fettpreise droht. Für den November hat die Regierung die Einfuhr von 21.000 Zettschweinen und 120 Waggons Fett bewilligt. Betreffs der ausföhrlichen Erhöhung des Margarinekontingents wurde bisher noch keine Vereinbarung erzielt. Das für heute festgesetzte Kontingent von 6500 Waggons ist bereits erschöpft und die Partei fordert die nachträgliche Bewilligung zur Erzeugung von weiteren 2000 Waggons. Die Verhandlungen sind sehr schwierig. Gegen Ende des Jahres wird es auch notwendig sein, über die gesamte Budgetfrage zu beraten, denn es endet die Geltungsdauer des Gesetzes über den numerus clausus in der Zuckerfabrikation.

## Faschistische Empfindlichkeiten

Prag. Der italienische Botschafter in Prag, Dr. Accardi, protestierte am Mittwoch beim Außenminister Dr. Krosta gegen die gestrigen kommunistischen Kundgebungen gegen den italienischen Ministerpräsidenten Mussolini im Abgeordnetenhaus. Der Minister sprach sein Bedauern über dieses Vorkommnis aus.

Hierzu äußerte das Pressebüro, daß der den Vorsitz führende Vizepräsident des Abgeordnetenhauses in dem Jahre die Kundgebung, welche dem Gegenstand der Intervention des Gesandten bildeten, nicht hörte und infolgedessen den Urheber der Kundgebung nicht sofort zur Ordnung rufen konnte.

Das Recht des Waffentragens. Der Behauptung des Abgeordnetenhauses nach am Mittwoch den Entwurf des Gesetzes über Waffen und Munition in der Fassung des verfassungsmäßigen Ausschusses an. Sprecher der SDP und der slowakischen Volkspartei wandten sich dagegen, daß das Recht des Waffentragens und des Waffentragens von den Behörden nicht freigegeben werden sollte. Der tschechische Sozialdemokrat Erba erklärte hierzu, wenn die Zeiten nicht so unruhig wären, würde das Parlament den staatlichen Behörden vielleicht nicht eine solche Ermächtigung geben. Aber die heutige Zeit verlange erhöhte Vorsicht. Heberblick habe das Gesetz über die Staatsverteidigung den staatlichen Behörden viel weitergehende Vollmachten gegeben; man könne nicht sagen, daß diese Vollmachten bisher mißbraucht worden wären.

9

# DER KLEINE

## VON EUGÈNE DABIT

Rechtliche Übertragung aus dem Französischen von Rejot

Kan hat uns gesagt, es wären etwa zwanzig Kilometer. Ich antwortete mit geäußelter Sicherheit:

„Wir sind bald da.“

Dabei habe ich das Gefühl, daß wir niemals hinkommen. Wir tanneln vor Müdigkeit. Der Regen ist es nicht. Sondern die Schwäche, die große Schwäche. Jetzt ist es an Mama, mir Mut zuzusprechen. Sie läßt mich auf die Stirn, gibt mir ihren Arm und sagt ganz sanft:

„Kur noch ein Weilschen, Kleiner. Dann haben wir's geschafft.“ Plötzlich taucht eine Kirche vor uns auf. Dann Häuser. Auf einem Wegweiser lesen wir: Matougues, 800 Meter. Wir sehen uns lachend an und schütteln und wie die Hunde. Fein sehen wir aus, meint Mama.

Auf beiden Seiten der Straße stehen Wagenreihen mit Eisenpontons. Ein Soldat bewacht sie.

„Kennen Sie zufällig einen gewissen Decamp?“

Er schüttelt den Kopf. Ein paar Soldaten kommen vorüber.

„Decamp?“ fragt der eine. „Und ob ich ihn kenne. Wie liegen ja im selben Quartier. Kommen Sie mit.“

Wir folgen ihm. Mama drückt meine Hand, daß sie schmerzt. Wir gehen durch eine schmale Dorfstraße und über einen schmutzigen Gutshof. Unser Führer bleibt vor einer Scheune stehen und hebt den Kopf.

„Decamp! Wieht gewünscht.“

„Was ist los?“

Vaters Stimme!

Oben wird ein Mann sichtbar. Er bleibt einen Fuß auf der Leiter, unbeweglich stehen. Er blinzelt mit den Augen, fährt zurück, dann breitet er die Arme aus und schluchzt:

„Kleiner... Jeanne...“

Und Nettter herab.

Ich falle in seine Arme. Er bedeckt mein Gesicht mit Küffen, dann schiebt er mich fort und preßt Mama an sich.

Mama weint.

„Du bist verändert... so mager...“

Unser Führer klopfte sie auf die Schulter.

„Seien Sie doch froh, daß er lebt.“

„Kannst Du teufel fragen,“ sagt Vater hinzu. „Man macht sich die Sache so bequem wie möglich.“

Wir folgen ihm in den Schuppen, in dem die Korporalshaus liegt. Er zeigt auf eine finstere Ecke. Ein Gewehr, ein Zornstiefel, Stiefel, Wäsche, alles durcheinander.

„Dort schläfst du?“ fragt Mama.

Er streckt sich auf einer Schütte Strohs aus.

„Du siehst, das ist so gut wie ein Bett.“

„Aber es giebt doch so sehr! Und wo ist du, wo wärscht du dich? Wer flücht dir deine Sachen?“

„Gott, man richtet sich ein, so gut es geht, Jeanne. Jedenfalls ist es besser als im vergangenen Monat.“

Wir setzen uns.

Vater spricht langsam und mühselig, als müße er nach gewissen Worten suchen. Es kostet ihn Anstrengung, sich der ersten Mobilmachungstage zu erinnern. Andere Erinnerungen stürmen auf ihn ein, drängen sich ihm über die Lippen. Unmäßig gerät er in Olye und wird lebhaft.

„Wenn man bedenkt, daß wir ohne Patronen an die Front gekommen sind! Und zwei Tage später ging der Rückzug los. Keine Führung mehr, keine Verproviantierung, nichts. Jeder für sich, Gott für uns alle. Das Material hat

man am Wege stehenlassen müssen. Sonst hätte's einen selber erwischt.“

Er böhnt, zuckt die Achseln. Dabei wird sein Gesicht immer finsterner.

„Kommt, laßt uns ein wenig an die Luft gehen“, sagt er gepreßt. „Seht euch mal das Rest hier an.“

Vater fragt den Wächter, ob er uns ein paar Tage aufnehmen wolle. Das Geräusch unserer Ankunft hat sich schnell verbreitet. Wir treffen wachende Pariser, die wissen wollen, wie es in ihrem geliebten „Paname“ aussieht. Es sind brave Familienväter, die nicht die Spur kriegerisch wirken. Sie nennen Vater einen Glückspilz und lächeln uns freundlich zu.

Nun fange ich an, sie auszustagen. Ich spreche vom Sieg an der Marne, von Wilhelm's Dummheit, der glaubte, und einfach die Champagne wegnehmen zu können, von den Taten unserer Senegaljungen, von der Durchschlagskraft unseres 7,5-Zentimeter-Kalibers. Ihre Antwort besteht in einem unverständlichen Drummen oder in Schweigen.

Männer führen Pferde zur Tränke. Andere fegen die Straße, stehen zur Arbeit oder auf Wache.

Vater macht ein glückstrahlendes Gesicht. Er zeigt uns das Rathaus, in dem das Stabsquartier ist, und die beiden Krüge, in denen sie abends Kanille spielen.

Wir kommen auf die von schönen Bäumen eingefasste Nationalstraße und verfolgen ihren Lauf, der sich scheinbar am Horizont verliert. Wir sind allein wie eins.

„Das ist ganz seltsam“, bemerkt Mama.

„Ja, man ist es gar nicht mehr gewöhnt“, bestätigt Papa.

Ich nehme seinen Arm und pläbe los:

„Mama hat dir noch nicht erzählt, daß ich fünf Franken pro Tag verdiene.“

„Du hast eine Stelle gefunden, Kleiner?“

Ich spreche von meiner Arbeit, von meinem gegenwärtigen Leben. Er hört so aufmerksam zu, daß ich ganz stolz werde. Mama nickt und lächelt.

„Das ist ja eine große Heberausung“, erklart er. „So bist du also jetzt sozusagen der Familienvater.“

Wir schlagen einen Weg ein, der nach Matougues zurückführt. Und schwiegen. Dabei hätten wir uns tausend Dinge zu sagen, uns Geheimnisse und Zukunftspläne anzuerkennen. Aber das Glück blendet uns und macht uns innerlich wie Genesende. Wir kommen an die Marne. Es nieselt. Das Wasser ist dunkelgrün. Die Ufer sind fast und menschenleer.

„Du angstest doch so gern, Papa.“

Er zuckt die Achseln und zeigt auf eine Brücke, die man ausbessert.

Ein Verbindungsweg durchquert den Friedhof. Gleich neben dem Eingang ist ein Grab mit einem Holzstreu. Darauf ein Käppi.

„Ein Kamerad“, sagt Vater, die Mühe abnehmend. „Er hatte einen Klaps gekriegt.“

Ich zude zusammen.

Er nimmt Mamas Arm.

„Aber es dauert ja nicht mehr lange“, versichert er uns. „Weihnachten sind wir wieder zu Haus.“

Ich möchte ihn an mich drücken und ihm ins Ohr flüstern, er soll mit uns fliehen.

5. Kapitel

Die Wohnung, die Frau Gollais bewohnt, gleicht der unseren. Aber sie ist nicht so voll, so daß mehrere Personen sich ganz bequem darin aufhalten können. Mama geht gern zu ihm, um ein Schwätzchen mit den Kochbarinnen zu machen.

Unter der Lampe knipft Marie Primas wollene Strümpfe. Sie hat ein bleiches Gesicht, neugierige Augen und trägt Ponies.

(Fortsetzung folgt.)



# Sudetendeutscher Zeitspiegel

## Um den Lohn betrogen

### Eine Warnung an Bayern- und Sachsengänger

Der Karlsbader „Volkswille“ berichtet folgende Tatsachen:

Die Unternehmer der angrenzenden sächsischen und bayerischen Gebiete nehmen derzeit immer mehr sudetendeutsche Arbeiter in ihre Betriebe auf. Dadurch werden reichsdeutsche Arbeiter für die Mithingungsarbeiten frei. Die sudetendeutschen Arbeiter erhalten jedoch keine amtliche Arbeitsbewilligung, arbeiten also gewissermaßen schwarz. Mitunter führt das dazu, daß sie nach geraumer Zeit den Arbeitsplatz einmal wechseln müssen, aber immer findet sich ein Unternehmer, der sie dann wieder einstellt.

Der Schlüssel dieses dunklen Wanders liegt aber in der Entlohnung. Nach deutschem Gesetz darf ausländischen Arbeitern nur ein Drittel ihres Lohnes in Reichsmark ausbezahlt werden, zwei Drittel müssen sie in der Währung ihres Heimatlandes bekommen. Das heißt also, daß das Reich für die Entlohnung dieser Arbeiter ausländische (tschechoslowakische) Devisen bereitstellen muß. Die Unternehmer müssen die in Devisen fällige Lohnsumme bei der Devisenzentrale in Berlin anmelden. Ingoßwischen erhält der Arbeiter nur ein Drittel seines Lohnanspruches und muß nun auf die Entscheidung von Berlin warten. Darüber verzeht Woche um Woche. Der Arbeiter arbeitet für sein Lohn Drittel weiter, die anderen zwei Drittel bleiben stehen und es häuft sich eine ansehnliche Summe an.

Nach vielen Wochen kommt aus Berlin die Aufforderung, die amtliche Arbeitsbewilligung für den Gläubiger der angeforderten Lohnbevisen nachzuweisen. Der Unternehmer muß berichten,

daß keine Bewilligung erteilt war. Wieder vergehen Wochen. Der Arbeiter schuftet für sein Lohn Drittel. Schließlich trifft nach Monaten aus Berlin die Nachricht ein, daß keine Devisen-Zuteilung erfolgen kann, weil keine Arbeitsbewilligung vorliegt.

Zwei Drittel des Arbeitslohnes für viele Wochen oder Monate Arbeit sind verloren! Aufs tieffte erbittert verläßt der Arbeiter seinen Arbeitsplatz, aber bald tritt ein anderer Sudetendeutscher an seine Stelle, unter denselben Umständen wieder in der Hoffnung, eines Tages die einbehaltenen zwei Drittel zu bekommen. Nach Monaten widersfährt ihm aber dieselbe Enttäuschung.

Daß die betrogenen Arbeiter sich der Hilfe der tschechoslowakischen Behörden bedienen könnten, um zu ihrem Rechte zu kommen, soll deswegen unmöglich sein, weil keine Arbeitsbewilligung vorlag und die Behörden für Schwarz im Auslande geleistete Arbeit keine Forderung vertreten können.

Nach diesem reichsdeutschen Trick dürften schon Hunderte sudetendeutscher Arbeiter in Deutschland um ihren Lohn betrogen worden sein. Es dürfte demnach an der Zeit sein, daß man sich mit diesen Zuständen befaßt. Schließlich gehört es zu den Pflichten des Staates, seine Bürger vor der systematischen Ausbeutung und materiellen Schädigung durch einen anderen Staat zu schützen. An alle sudetendeutsche Arbeiter aber muß die Mahnung und Warnung gerichtet werden, sich ihre Lohnansprüche und Lohnauszahlung erst einwandfrei sichern zu lassen, bevor sie im Dritten Reich Arbeit annehmen.

an der Schweizer und Gode für die Reichsleistung teilzunehmen; aber auch die Ortsgruppen der benachbarten Städte Wittau und Landkron hatten zu dieser Feier Deputationen entsandt. Vom Gesundheitsminister Dr. Ludwig G e z e h war ein Telegramm nachstehenden Inhaltes eingelaufen:

„Zur Jubiläumsfeier sende ich meine herzlichsten Glückwünsche. Ich liebe die Kinderfreunde und stehe mit dem ganzen Herzen zu ihrer Arbeit“. Weiter wurde ein Glückwunschsreiben des Vizepräsidenten T a u b verlesen, in dem es unter anderem heißt: „Ich brauche Euch nicht erst zu sagen, daß ich im Geiste bei Euch weile und daß ich keinen fehnlicheren Wunsch habe, als daß sich die prächtige Bewegung der Kinderfreunde im Mährisch-Trübauer Gebiete weiter so prächtig entwickelt, wie es in der abgelaufenen Zeit zu verzeichnen war.“

Ansprachen hielten Schweizer und Gode für den Gau bzw. den Reichsverein. Winter für die Wittauer Kinderfreunde, Pfister für die Landkroner Kinderfreunde. Heger für die sozialdemokratischen Organisationen des Mährisch-Trübauer Bezirkes und Marek für die Gewerkschaften.

**Schwangeren-Fürsorgestelle in Auffig.** Eine besondere Subvention des Gesundheitsministeriums ermöglichte der Stadtgemeinde Auffig die Errichtung einer Schwangeren-Fürsorgestelle. Der Stadtrat beschloß jetzt das Organisationsstatut. Das Statut ist so gestaltet, daß die soziale Beratung und ärztliche Überwachung aller Schwangeren sichergestellt ist, ohne daß die wirtschaftlichen Interessen der frei praktizierenden Ärzte geschädigt werden. Die neue Fürsorgestelle soll noch im Laufe dieses Jahres in den Räumen der Mutterberatungsstelle ihre Tätigkeit aufnehmen.

**Starke Steigerung des Besuchs der deutschen Malargi-Volkshochschule in Brünn.** In die Vortragsreihen und Kurse des laufenden Herbstsemesters sind bis heute — die Einschreibungen sind noch nicht abgeschlossen — bereits 1734 Hörer eingeschrieben, d. h. fast um 200 Hörer mehr als im selben Lehrabschnitt des Vorjahres. Einzelne Vortragsreihen wie die literarischen Vorlesungen von Prof. Gajdeczka, die geschichtlichen und kunstgeschichtlichen Vortragsreihen von Dr. Stefan Kasper, die gemeinsam mit dem Roten Kreuz veranstaltete Vortragsreihe „Die Brüner Kliniken und Heilanstalten“, sind überfüllt ebenso zahlreiche Sprachkurse — es wurden allein acht Tschechischkurse und drei Englischkurse für Anfänger eingerichtet.

**Vom Reichsverband der Deutschen Tuberkulosen-Fürsorge.** Im Oktober fand die Hauptversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Tuberkulosen-Fürsorge statt, nachdem die Aenderung der Satzungen des Gesamtverbandes der deutschen Hilfsvereine für Lungentränke vom Innenministerium bewilligt worden war. Dem Reichsverband obliegt in erster Linie die gesamtstaatliche Vertretung der Deutschen Tuberkulosen-Fürsorge, die Organisation von Zweigstellen in neuen Gebieten, in welchen es keine Landesstellen gibt, die Durchführung der gesamtstaatlichen Propaganda und die Veranstaltung von gesamtstaatlichen Kursen und Tagungen. Mit der Errichtung des Reichsverbandes ist die einheitliche Organisation der Deutschen Tuberkulosenfürsorge durchgeführt.

## Hitler vermittelt doch im Fernen Osten?

London. (Eigenbericht.) Hitler wird ein neues Vermittlungsangebot an die kämpfenden Parteien im Fernen Osten mit italienischer Unterstützung machen. China soll zu Verhandlungen genötigt werden durch die Drohung, daß Deutschland und Italien die militärischen Vertreter aus der chinesischen Armee zurückziehen werden, Japan soll durch den Hinweis darauf gefügig gemacht werden, daß China bei einer Fortdauer der Feindseligkeiten in die Arme der Sowjetunion getrieben würde. Einer der Punkte des Vermittlungsverschlages verlangt Chinas Beitritt zum Antikomintern-Pakt.

## Sturm auf Natao

Schanghai. In Schanghai hat Mittwoch vormittags alle Arbeit aufgehört und die Bevölkerung beobachtete von den Dächern und Fenstern aus den japanischen Angriff auf das Stadtviertel Kanta. Auch die Besatzungen der ausländischen Schiffe, welche in der Nähe ankern, beobachteten die Schlacht. Um 15 Uhr stellte die japanische Artillerie, die Kanta bombardierte, das Feuer ein und auch die japanischen Flugzeuge kehrten zu ihren Flugbasen zurück. Ueber der Stadt lagert nunmehr unheimlichwellige Ruhe.

## Göring interessiert sich für die Gespräche Hodza-Schuschnigg

London. (Eigenbericht.) Die österreichische Regierung hat wissen lassen, daß sie unter keinen Umständen bereit ist, dem Antikomintern-Pakt beizutreten. Göring wird wahrscheinlich noch in diesem Monat nach Oesterreich reisen. Offiziell wird mitgeteilt, daß er in Oesterreich jagen werde. In Wirklichkeit hat er jedoch die Aufgabe festzustellen, was zwischen Schuschnigg und Hodza geredet worden ist, und außerdem wird er der österreichischen Regierung das Angebot machen, den deutschen Clearingsaldo durch deutsche Waffenlieferungen an Oesterreich abdecken zu dürfen. Das ist die gleiche Methode, mit der Deutschland in einer Reihe von Balkanländern die militärische und politische Abhängigkeit von Deutschland erzwingen hat.

## Auch Spaak tritt zurück

Brüssel. Am Mittwoch abends erschien Außenminister Spaak beim König und ersuchte, ihn von der Aufgabe der Neubildung der Regierung zu entbeden, weil er bei dieser Betrauung auf unüberwindliche Hindernisse gestoßen ist. Der König entsprach dem Wunsche Spaaks. Man glaubt, daß der König mit der Neubildung der Regierung eine Persönlichkeit betrauen wird, welche außerhalb der Parlamentstiefe steht.

## Japans Antwort am Freitag

Brüssel. Die Pazifik-Konferenz trat Mittwoch zu einer vertraulichen Sitzung zusammen, bei welcher sämtliche Delegationen vertreten waren. Der Vorsitzende Spaak teilte mit, daß er die japanische Regierung neuerlich habe ersuchen lassen, auf die Mitteilung der Konferenz vom 6. November unverzüglich zu antworten. Der japanische Außenminister Hirota teilte dem belgischen Botschafter in Tokio mit, daß die japanische Antwort am Freitag, den 12. November, erteilt werden wird.

## Jaksch und Rehwald in London

London. (Tsch. P.-B.) Vor 35 Abgeordneten der Labour Party sprachen am Mittwoch nachmittags im Unterhaus Abgeordnete J a k s c h und Redakteur R e h w a l d über die sudetendeutsche Frage. Abgeordneter Jaksch behandelte den Kampf der sudetendeutschen Aktivisten um die Demokratie und Redakteur Rehwald die wirtschaftlichen Sorgen des Sudetendeutschtums, wobei er auch den Vertriebsterror der der SB nahestehenden Organe charakterisierte. Das rege Interesse der britischen Parlamentarier an den Vorträgen kam in den zahlreichen Anfragen an die Vortragenden zum Ausdruck. Die Abgeordnete Jaksch zusammenfassend beantwortete.

Der Labour-Abgeordnete Noel Baker sprach den Vortragenden für ihre interessanten Ausführungen den Dank aus. Als Dolmetscherin der in deutscher Sprache gehaltenen Rede fungierte Miss Donau von der internationalen Abteilung der Labour Party.

## Fünfzehn Jahre Kinderfreunde in Mährisch-Trübau

Heuer sind es 15 Jahre, daß in Mährisch-Trübau eine rührige Ortsgruppe des Reichsvereines Kinderfreunde besteht. Aus diesem Anlaß fand am vergangenen Sonntag in Mährisch-Trübau im „Sandsaale“ eine Festversammlung statt.



## Das Ergebnis faschistischer „Kulturarbeit“

Bei der Bombardierung der spanischen Stadt L e r i d a durch italienische Francoflugzeuge, wurden gegen 200 Menschen getötet. Unter den Opfern befanden sich viele Kinder, denn die Bomben trafen auch eine Schule, in der gerade unterrichtet wurde. — Hier weinen Mütter aus Lerida bei den Leichen ihrer Kindes.



## Raunzen rechts

Die „Brüger Zeitung“, fast immer Herrn Henlein gehorchend, läßt sich aus Prag einen Leitartikel schreiben, der um seiner Sturheit willen nicht unerwähnt bleiben darf. Die Brüger-Prager Volksgemeinschaftler sind nämlich sehr verärgert, weil J a k s c h und R e h w a l d nach L o n d o n führen, ohne erst bei der „Brüger Zeitung“ angefragt zu haben, ob solche Reisen denn dem Interesse der Sudetendeutschen entsprechen, wie die „Brüger Zeitung“ es versteht. Die „Wort- und Redeschlacht“, die die sudetendeutschen Parteien einander in London liefern, läßt dem sudetendeutschen Volk gar nicht gut; wenn aber schon gereist werden müsse, dann sollten die Parteien, die Männer nach England entsenden, doch bei solchen Gelegenheiten für ein gewisses „nationalpolitisches Zusammenwirken“ sorgen.

Versteht sich von selbst, daß diese Kritik einseitig an den deutschen Sozialdemokraten gerichtet wird, wie es für die „Brüger Zeitung“ und ihre Gleichgesinnten klar war, an dem, was Henlein und K u t h a in London trieben, nichts aussetzen zu dürfen. Als Henlein und Kutha mit den Ausflügeln nach London begannen, da waren das für die gleichgeschaltete sudetendeutsche Provinzpresse brauchbare Tatsachen, an denen Kritik zu üben ihr nicht einmal im Schlaf eingefallen wäre; aber Jaksch und Rehwald? Ja, Bauer, das ist etwas anderes! Da laßt auf einmal die „Gefahr“ auf, daß das den Sudetendeutschen schaden könnte!

Selbst die „Brüger Zeitung“ dürfte sich darüber klar sein, daß es uns völlig gleichgültig ist, wie sie Wert und Erfolg sudetendeutscher sozialdemokratischer Vorträge in London oder wo immer einschätzt. Ob es den Herren paßt oder nicht — wir tun, was wir für gut halten. Aber wenn und irgendwas noch weiter ansprechen könnte, auch wiederhin zu versuchen, den Londoner Rebel, den die Henleins zu verdächtigen bemüht waren, zu greifen, dann eben die Unzufriedenheit, die man beispielsweise in Prag äußert und die uns überdeutlich zeigt, daß wir die Sache ganz richtig angepaßt haben. Je mehr die Herrschaften raunzen, desto sicherer sind wir, daß unsere Haltung der SB zuwider ist. Und das wollen wir; in Prag, in Brüg und in London.

## Acht Jahre für Militärverrat

Prag. Der Senat für Angelegenheiten des Militärsvertrates beim Kreisstrafgericht in Prag verurteilte am 9. November 1937 Ernst W a n g e r t l, von Beruf Schlossergeselle, zuletzt wohnhaft in Ditzschentand bei Brüdnitz im Erzgebirge, wegen des Verbrechens des Militärvertrates nach § 4, Art. 2, Abs. 2 des Gesetzes zum Schutze der Republik zu acht Jahren schweren Kerlers mit den entsprechenden Verschärfungen, weiters zu einer Geldstrafe in der Höhe von Kč 1000.—, im Nichterbringungsfall zu weiteren zehn Tagen schweren Kerlers und ferner zum Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte.

Die Anstie, Petroleum beim Feueranzünden zu verwenden, forderte wieder ein Menschenleben. Die 37jährige Emilie K a s p e r in Micholowitz bei Leitmeritz schüttete auf bereits allmählich brennendes Petroleum, um das Feuer zu löschen. Das Petroleum explodierte und die Frau erlitt so schwere Brandwunden, daß sie starb.



# Ramsay Macdonald †

London. Ramsay Macdonald ist Dienstag um 20 Uhr 45 Minuten an Bord des Dampfers, auf dem er sich auf der Reise nach Süd-Amerika befand. Der Tod wurde durch einen Herzschlag herbeigeführt. Ramsay Macdonald war am 12. Oktober 71 Jahre alt geworden.



Ramsay Macdonald wird in seinem schottischen Heimatort Lossiemouth beigesetzt. Der Dampfer „Reine de Pacifico“, auf dem Macdonald geflohen ist, wird zum 15. November in Bermuda erwartet. Dort wird der Leichnam auf ein anderes Schiff gebracht, das ihn nach England zurückbringt.

Ramsay Macdonald wurde 1866 in dem kleinen schottischen Fischerdorf Lossiemouth als Sohn einer armen Kondarbeiterfamilie geboren. In jungen Jahren ging er nach London. Hier wurde er zunächst Kontorist in einem großen Warenhaus. Den Weg in die Politik bahnte ihm sein Vetter als Privatsekretär des radikalen Politikers Thomas Stansfeld. Nach kurzer Studienarbeit gab er diesen Veten auf, um sich ganz dem Journalismus widmen zu können. — Schon als Junge hatte sich Macdonald den Radikalen angeschlossen, einer sozialistischen Studien- und Propagandagemeinschaft, aus der 1893 unter Mitwirkung Macdonalds die *Labour Party* entstand. 1900 wurde Macdonald zum Sekretär der Arbeiterpartei gewählt, die nicht nur die Independent Labour Party, sondern auch die Gewerkschaften umfasste. Es wird behauptet, daß diese Wahl irrtümlich erfolgte und daß eigentlich ein anderer Macdonald bei der Wahl gemeint gewesen sei. Als Sekretär der Arbeiterpartei und ihr späterer Vorläufer beherrschte sich Macdonald den Arbeiterpartei an den Parlamentswahlen, wodurch das traditionelle Parteisystem in England abgebrochen und der Arbeiterpartei der Aufstieg zur Macht gebahnt wurde. Im Kriege hielt Macdonald konsequent an seiner entschiedenen Neutralitätspolitik fest, trotz gefährlichen Anfeindungen aller Art. Seine Kriegsnegativität trug ihm auch einige Monate Gefängnis ein. Nach dem Kriege bekehrte er den Gewerkschaften von Verfall. Als Führer der Labour-Opposition im Unterhaus wurde Macdonald nach dem Sturz der Arbeiterpartei bei den Dezemberwahlen 1923. Chef des ersten Labour-Kabinetts. In dieser Eigenschaft leitete er wertvolle Beiträge zur Organisation des europäischen Friedens. Schließlich wurde das erste Macdonald-Kabinett, das eine Minderheitsregierung war, von den Konservativen am 9. Oktober 1924 mit Hilfe des gefälligen Simon-Dwight gestürzt, der auch im nachfolgenden Wahlkampf den Ausschlag gab. Die Arbeiterpartei erlitt bei diesen Wahlen schwere Verluste. Nach einem neuen Labour-Kabinett im Jahre 1929 bildete Macdonald das zweite Labour-Kabinett, das bis 1931 am Ruder blieb. In diesem Kabinett trennte sich Macdonald von der Arbeiterpartei und deren Prinzipien. Er bildete eine kleine Splittergruppe, die Nationale Arbeiterpartei, als deren Führer er 1931 ein nationales Konzentrationskabinett, bestehend aus Konservativen, einigen Liberalen und nationalen Arbeiterparteilern, bilden durfte. 1935 wurde Macdonald Vizepräsident des Geheimen Rates, er war krankheitsbedingt vom Amt des Ministerpräsidenten zurückgetreten, ein müder, verbrauchter Mann, wenig geschätzt von den Konservativen, die ihn als Betrug benutzten, verachtet von seinen einstigen Parteigenossen, die ihn seinen Verrat nie verzeihen. Die Verarbeiter seines alten Wahlbezirks hatten ihm 1934 eine vernichtende Niederlage bereitet. — Macdonald war zweifellos eine der bedeutendsten Persönlichkeiten, welche die englische Arbeiterbewegung hervorgebracht hat. Es ist bedauerlich, daß das Andenken an sein feindseliges Wirken in der Arbeiterbewegung durch seinen Verrat an ihr überschattet wird.

## Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen

Freitag

Frage, Sender I: 10.05: Deutsche Presse, 10.15: Deutsche Sendung: Für die Frau, 11.35: Schallplatten, 12.35: Militärmusik, 14: Deutsche Sendung: Jugendmusik, 16.35: Die Quintette, 18.10: Deutsche Sendung: Sportbericht, 18.15: Prof. Ehrenberg: Die Anfänge unserer Schrift, 18.35: Arbeiterkundung: Aktuelle zehn Minuten, 18.45: Deutsche Presse, 18.55: Aus dem deutschen Kulturleben, 19.30: Aus dem Nationaltheater: Rigoletto, Oper, 22.15: Kammermusik. — Frage, Sender II: 11: Schallplatten, 14.45: Schallplatten. — Främ 17.40: Deutsche Sendung: Dr. Festa: Filmqualitäten, Openheimer: Künstlerisches Schaffen in Wäden-Schönen, 19.15: Calentrio, 20.40: Rundfunkkonzert. — Freiburg 19.15: Militärkonzert. — Währ, Odrau 19.30: Rundfunkkonzert. — 19.10: Deutsche Sendung: Dr. Hoffenreich: Ueber Fleischvergiftung. — Hochschiffliche und slawische Volkslieder in deutscher Uebersetzung.

# Tagesneuigkeiten

## Heroismus

Der Herausgeber der in der Schweiz erscheinenden Zeitschrift „Der Europäer“, Kueppli, schreibt über seine Spanienreise u. a. folgendes: Meine Reise brachte mir in einem Sinne eine große Ueberraschung: ich hatte erwartet, daß der Anblick aller der Schrecken des Krieges mich jenen radikalen Pazifisten näher bringen würde, die sich grundsätzlich gegen jedes Ergreifen einer Waffe, gegen jede kriegerische Auseinandersetzung wenden. Vor den Tatsachen reagierte ich ganz anders als ich es mir in theoretischen Ueberlegungen ausgemalt hatte. Wenn bei uns dabei irgendein Artikelschreiber in seinem Blatt ein „Lieber tot, als ein Knecht!“ von sich gab, da packte mich immer der Ekel, weil in unseren Verhältnissen ein solcher Satz als geschwollene Phrase wirken muß und meistens auch nichts anderes als eine Phrase ist. Wenn mir aber in Madrid der Redaktor einer großen Zeitung, der vor wenigen Wochen seine Redaktionsstube wechseln mußte, weil seine alte in Teinimer gelegt wurde, während einem Artilleriebombardement sagt: „Wir müssen siegen oder sterben, anders verraten wir Recht und Gerechtigkeit“, — wenn mir ein einfacher Bauernsohn im Schützengraben, während uns die Kugeln um die Ohren pfeifen, mit fast denselben Worten erklärt: „Wir kämpfen für Freiheit und Recht. Wir müssen die da drüben schlagen oder untergehen!“, so sind das keine leeren Sprüche mehr, und mir wurde klar, daß es in der Ertüchtigung eines Volkes Augenblicke geben kann, wo es sich und seine Ideale mit der Waffe in der Hand verteidigen muß — und wohl ihm, wenn es für diesen Augenblick gewappnet dasteht.

Neuer Flugrekord in Prag. Auf dem Flugplatz Mělník stellten am Mittwoch Kapitän Cervena und Leutnant Kucera auf einem offenen Touristenflugzeug der Type Be-50 einen neuen internationalen Höhenrekord auf, indem sie die Höhe von 5300 Meter erreichten und den bisherigen Rekord des Franzosen Lignel um 1600 Meter überboten. Nach der Genehmigung durch die Sportkommission des Aeroklubs wird diese Leistung der internationalen Föderation in Paris zum Zwecke der Anerkennung des Rekords vorgelegt werden. Die beiden Piloten starteten um 10.04 Uhr und erreichten die Höhe von 5300 Meter binnen einer Stunde 50 Minuten, bei einer Temperatur von 30 Grad unter Null. Infolge des Frostes war der Geschwindigkeitsmesser eingefroren. Um 12.18 Uhr landeten die Piloten glatt. Kapitän Cervena erlitt Erfrierungen im Gesicht.

Gestörtes Homosexuellen-Steckdichlein. Die Auffiger Kriminalpolizei unternahm in den letzten Tagen eine überraschende Aktion in einem bekannten Auffiger Homosexuellenlokal. Die Ueberraschung war vollkommen. Es wurde eine Anzahl Personen verhaftet und mit dem Polizeiauto der Polizeiwache zugeführt. Es handelt sich um Personen aus Auffig, Bodenbach, Leptich und Leimertitz, die sich hier ein Steckdichlein gaben. Drei von ihnen, ein als Frau verkleideter Bauchtänzer, der bei dem überraschenden Besuch der Polizei eine Art orientalischen Bauchtanzes aufführte und zwei seiner enghen Freunde wurden in der Haft belassen. Die übrigen wurden freigelassen, doch dürfte gegen alle Gestörten das Verfahren nach dem sehr vielgenannten § 129 b eingeleitet werden.



## Ein taubstummer Kirchchor

In Cincinnati am Ohio gibt es eine Kirche für Taubstumme, deren Gottesdienst in recht ungewöhnlicher Form abgehalten wird. Während des ganzen Gottesdienstes wird nämlich kein einziges Wort gesprochen. Lediglich durch Handzeichen machen sich Pastor und Chor verständlich. — Der Kirchchor der Taubstummenkirche in Cincinnati „singt“ die Hymne „Näher, mein Gott, zu dir“.

James Ramsay Macdonald war keiner der gefürchteten Langredner. Auf der internationalen Sozialistenkonferenz in Bern 1919 hörte er der leidenschaftlichen und ausgewachsenen Rede eines Franzosen zu und murmelte seinem Nachbar einmal zu „A devilish speech!“ (Eine teuflische Rede!) Dann belam er selbst das Wort, legte die brennende Pfeife hin, sprach knapp und kurz, schloß und nahm die Pfeife wieder, die noch brannte. — Zu Beginn der ersten und einzigen Konferenz aller drei damals bestehenden sozialistischen Internationalen, der Amsterdamer, Wiener und Moskauer im Saal der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion 1920 hatte der Vorsitzende Hermann Müller (Franken) eruchtet, man möge sich nach diesen drei Gruppen zusammensetzen. Es begann eine Wanderung durch den Saal. Macdonald, der zufällig bei den Moskauern gesessen hatte, ging zu den Amsterdamer. Ein Journalist, der ihm begegnete, rief ihm lächelnd zu „To right“ (Noch rechts!) und schmunzelnd antwortete der spätere „nationale Ministerpräsident“: „Oh no!“ (bn)

Eine Bande von Schussalaten. Vor einem Schwurgerichtssaal verantwortete sich dieser Tage eine sechsgliedrige Bande von Brandlegern und Räubern, welche unter Führung des 33-jährigen Georg Fogelsträter aus Reichshofen, im sogenannten Pinngau, eine ganze Reihe von Verbrechen begingen, indem sie Objekte anzündeten, die mehrfach versichert waren. Bei einem solchen Brande verbrannte der schwächlingige Josef Brandner, dessen sich die Geliebte Fogelsträters, Theresia Scherer, entledigen wollte. Eine andere Geliebte des Bandenführers, Susanne Schöberlein, glüdete das Gut ihres Mannes an, sperete ihn und die Kinder in eine Kammer ein, damit sie verbrennen. Erst im letzten Moment öffnete sie die Kammer, so daß die Verdachten gerettet werden konnten. Die Bande wollte weiter einen alten Ausgedingter vergiften und bereite ein Gift, welches das Mitglied der Bande Martin Scherer dem Arbeiter Josef Hofmayer ins Bier schüttete, um es so zu erproben. Der Arbeiter erlitt dadurch den Tod. Der Ausgedingter, dem dann Scherer das Gift in die Speichen schüttete, wurde dadurch gerettet, daß er sich übergab. Georg Fogelsträter wurde Mittwoch nach dreitägiger Verhandlung zum Tode durch den Strang und eben so auch Martin Scherer zum Tode verurteilt, während Theresia Scherer zu fünfzehn Jahren und Susanne Schöberlein zu zehn Jahren schweren Kerker verurteilt wurden. Ein weiteres Mitglied der Bande, Matthias Grünwald, wurde zu zwei Jahren schweren Kerker verurteilt. Wegen ein letztes Mitglied der Bande wurde die Anklage zurückgezogen.

Ein unauffindbarer Mörder. In Wefel-Friedrichsfeld wurden, wie die „Allion für Recht und Freiheit“ erfährt, vor vier Monaten eine gewisse Christine Köfing und der Segelfluglehrer Erwin Wattermann durch Messerstücke und Schüsse ermordet aufgefunden. In der Veröbleerung wird der frühere Liebhaber der 21-jährigen Köfing, der SS-Mann Kampen, allgemein für den Mörder gehalten. Der Vater des ermordeten Wattermann hat ihn öffentlich der Tat beschuldigt. Trotzdem wurde Kampen nicht verhaftet; er gehörte zur Leibstandarte Hitlers. Erst als er mit Gewalt seine Liebesbriefe durch einen SS-Mann von dem Vater der Köfing zurückholen wollte, kam es zur Verhaftung dieses SS-Mannes. Gegen Kampen selbst ist bisher nichts erfolgt. In Wefel wurden dagegen 40 Angehörige der SS und SA wegen sexueller Verfehlungen in Haft genommen. Ihre Namen wurden jedoch nicht bekanntgegeben.

Reichsmarine auf Raubfischerei. Koppert heißt einer der besten Heringgründe im Rattengatt, wo die schwedische Fischerei einen ihrer Hauptfangplätze hat. Kürzlich erschien gerade



## Höhenforscher wird Tiefseetaucher

Prof. Piccard beschäftigt sich der Tiefseeforschung zugewandt. Er will dabei Tiefen von nicht weniger als 8000 Meter aufsuchen.

Dort der deutsche Zerstörer 129 und machte Übungen mit Tiefwasserbomben. Schon das war auffällig, denn zu solchen Übungen ist in den deutschen Gewässern der Ostsee Platz genug. Allerdings beobachtet man in Schweden schon längst und nicht vollkommen vertrauensvoll die verschiedenen nicht angemeldeten Besuche deutscher Kriegsschiffe in der Nähe der schwedischen Küste. Diesmal aber haben schwedische Fischer noch mehr beobachtet: daß nämlich stets nach der Explosion einer solchen Tiefenbombe der Zerstörer bemannte Boote ausfiel, deren Insassen die auf dem Wasser treibenden toten oder betäubten Deringe einsammeln. Außerdem aber scheinen die Deringeschwärme nun diese Gegenden zu meiden und so ist die schwedische Fischerei um einen ihrer besten Fangplätze gebracht. Sie hat das Außenministerium in Stockholm um Abhilfe ersucht. (bn)

Tragischer Irrtum. Montag abends erschossen zwei Soldaten des 3. Juuvenregiments, die vor der Kaserne in Philippville (Frankreich) Wache hielten, irrtümlich den Wache eines Munitionsdepots. Die Soldaten hörten im Finstern ein Geräusch, das ihnen verdächtig erschien und schossen gegen den Unbekannten. Es zeigte sich, daß es der Soldat war, der mit der Bewachung des Depots betraut war.

Ein römisches Dementi. Amliche römische Kreise dementieren formal das Gerücht, daß das von Bruno Mussolini gesteuerte Flugzeug an der spanischen Front abgeschossen wurde.

Deferteur gewinnt das große Los. Den Haupttreffer der französischen Staatslotterie in der Höhe von 3 Millionen Francs, der am Dienstag gezogen wurde, gewann ein junger Marineoffizier, der kürzlich nach Toulon zurück nach Spanien und von dort nach Belgien desertiert war, wo er verhaftet und nach Toulon zurückgeschickt wurde. Von seinem Gewinn erfuhr er Mittwoch nachmittags durch das Militärgericht, welches gegen ihn das Strafverfahren wegen Desertion führt.

Hafenkrankheit ist des Hafenhandels Tod. Nach den Erhebungen des Widdrethandels ist heuer in den größeren Städten der Hafenkonsum um rund 50 Prozent geringer als im Vorjahr, in einigen Fällen gaben die Händler sogar an, sie hätten nur 25 Prozent des vorjährigen Absatzes im Hafenhandel erzielt. Bemerkenswert ist, daß die Angst vor dem Hafenpest nur in den sozial schwächeren Arbeiterschichten anhält, mögegen die Deilatteseingeschäfte, die an die lauffähigere Öffentlichkeit verkaufen, seit geraumer Zeit wieder eine wesentliche Steigerung der Häufigkeit verkäufe melden. (DND)

Kosten des Belgio-Prozesses. In einer Reihe von Meldungen wurden die Kosten des Belgio-Prozesses als überaus hoch, verschiedenlich mit 100.000 bis 150.000 Ké beziffert. Der Staatsanwalt im Belgio-Prozess, Dr. Vega, stellt nun in einer Erklärung an die Presse fest, daß sich die Kosten beider Schwurgerichtsprozesse, in Brüssel und in Neutitschein, zusammen auf 13.000 Ké belaufen.

Kühl und veränderlich. Aus den nördlichen Teilen des Atlantischen Ozeans strömt dem Festlande arktische Luft zu. In Mitteleuropa ist eine starke Abkühlung eingetreten, und zwar besonders in den höheren Luftschichten. Mittwoch früh meldeten z. B. die ärologischen Stationen in Deutschland in den hohen Lagen um 400 Meter eine Kälte unter minus 20 Grad. Die Schneelage hatte um 14 Uhr minus 6 Grad. Es ist zu erwarten, daß die Temperaturen auch in den Niederungen in der Nacht bis unter den Gefrierpunkt sinken werden. Das Wetter dürfte noch immer veränderlich bleiben; leichte Schauer sind nicht ausgeschlossen. — Wahrscheinliches Wetter Donnerstag: Veränderlich, Schauer, Nachtfrost, untertags ziemlich kalt, Wind bis Nordwestwind. — Wetteraussichten für Freitag: Andauern des sehr veränderlichen kalten Wetters mit Schauern.



# Volkswirtschaft und Sozialpolitik

## Um die Entlohnung der Ueberstunden

Jedes neue Judikat des Obersten Gerichtes in Sachen der Ueberstundenentlohnung ist immer größerer Ungewissheit bei Arbeitern und Angehörigen aus. Dabei handelt es sich um eine Materie, die durchaus nicht kompliziert ist. Der Begriff der Ueberstunden ist durch das Gesetz vom 19. Dezember 1918, S. D. Nr. 91, genau umschrieben und klar ist herausgestellt (Paragraf 7, Absatz 4), daß „Ueberstunden besonders zu entlohnen sind“. Anknüpft man an diesen klaren Wortlaut der gesetzlichen Bestimmungen an, läßt sich das G. O. in jedem neuen Streitfall auf Ertragungen ein, die die Sachlage komplizieren und die Rechtsprechung erschweren. Dafür einige Beispiele:

Am 12. April 1927 hat das G. O. in der Frage der Ueberstunden-Berzahlung eine Entscheidung getroffen, in der es heißt, daß das Gesetz den Arbeiter als die schwächere Partei gegen den Arbeitgeber als den wirtschaftlich stärkeren schützen wolle und daß daher die in dem damals anerkannten Urteil vertretene Auffassung nicht richtig sei, daß ein Angehöriger auf den Anspruch der Ueberstundenentlohnung verzichte, wenn er diesen nicht rechtserzwingend geltend macht.

Im Gegensatz dazu steht das Erkenntnis vom 11. November 1930. Ein Wermeister hatte im Jahre 1928 die Ueberstundenentlohnung für die letzten drei Jahre gefordert. Für die frühere Zeit war der Anspruch verjährt. Nach zwei Jahren entschied das G. O., es sei der Ansicht des Berufungsgerichtes über das Aufstehen eines Verjährungs Ausschlusses betreffend die Ueberstundenentlohnung zuzustimmen. Die Erhöhung des Gehaltes habe der Arbeiter vernünftigerweise nicht anders als so vertehen können, daß damit die Mehrarbeit über 8 Stunden bis 12 Stunden bezahlt werden sollte.

Innerhalb von drei Jahren hat also das G. O. seinen grundsätzlichen Standpunkt geändert. Wichtig und unbefriedigend bleibt, daß das Gesetz den Arbeiter als die schwächere Partei schützt. Würde das G. O. diesem Grundsatze treu geblieben, dann hätte es nicht als rechtmäßig ausprechen können, daß durch die Erhöhung des Gehaltes die Mehrarbeit über acht Stunden bezahlt werde, denn Ueberstunden sind nach den Bestimmungen des Gesetzes besonders zu entlohnen.

Eine Wendung zum Besseren schien sich zwei Jahre später anzubahnen. Mit Urteil vom 2. Dezember 1932, Nr. I 1530/32, spricht das G. O. aus: „Ueberstunden müssen bezahlt werden, gleichgültig, ob sie erlaubt oder unerlaubt waren. Handelt es sich aber um verbotene Arbeiten... muß nach dem rechtlichen Standpunkt ausgetragen werden... ob nicht die unerlaubten Ueberstunden schon im Monatsgehalt, bzw. in der monatlichen Remuneration in angemessener Weise mit einem Pauschal entlohnt wurden.“

Das schien ein Hoffnungsstimmer dafür zu sein, daß das G. O. den Weg suche, dem Willen der Gesetzgeber Rechnung zu tragen, Ueberstunden besonders zu entlohnen. Das Kriterium in diesem Streitfall für die unbedingten Arbeitnehmer waren nicht die erlaubten oder unerlaubten Ueberstunden, denn es sollte erzwungen werden, ob nicht die Ueberstunden in irgendeiner Form in angemessener Weise mit einem Pauschale entlohnt wurden. „Die Entlohnungsart“ war also das sekundäre. Die angemessene Entlohnung hingegen das primäre. Für die Arbeitnehmer war in dieser Entscheidung wichtig, daß die Pauschalentlohnung der Ueberstunden in einem angemessenen Maße erfolgen soll. Diese Einstellung konnte bei einer Entscheidung vom 12. April 1927 als im Sinne des Grundgesetzes vom 12. April 1927 angesehen bezeichnet werden, obwohl die Pauschalentlohnung an sich schon dem gesetzlichen Termin der „besonderen Entlohnung“ nicht entspricht.

Schon diese wenigen Beispiele zeigen, wie unbedeutend die Rechtsprechung unter dem G. O. in der Entlohnung der Ueberstunden ist. Zur Vereinfachung der Judikatur hat daher der erste Präsident des G. O., wie Vorkommnisse aus entnehmen ist, die fruchtige Frage einem Plenarrat zur Durchberatung vorgelegt, welcher folgenden, das Oberste Gericht künftig bindenden Rechts auszusprechen hat:

„Eine Vereinbarung der Parteien über die Entlohnung für Ueberstunden ist nicht verboten und es kann die Entlohnung für solche Arbeiten und es kann die Entlohnung für solche Arbeiten nicht auch pauschalisiert werden ohne Rücksicht darauf, ob die zuständigen Verwaltungsbehörden diese Ueberstunden bewilligt haben oder nicht. Denn aus dem Gesetze über den Arbeitsvertrag folgt klar, daß jede Ueberzeit besonders bezahlt werden muß. Dieses Gesetz teilt die Ueberstunden in erlaubte (wenn die Verwaltungsbehörden ihre Erlaubnis erteilt haben) und in unerlaubte ein. Der Wortlaut des Gesetzes war der Grund dafür, daß das Gesetz in der Judikatur bezüglich der Frage, ob und wenn der Arbeitnehmer einen Anspruch auf unerlaubte Ueberstunden hat, und im Zusammenhang damit auch bezüglich der Frage, ob die Entlohnung für solche Arbeiten pauschalisiert werden kann, verschieden ausgelegt wurde.“

Der Plenarrat ist bei der Beantwortung der ihm gestellten Frage zu folgender Ansicht gekommen: „Die Strafbestimmungen des Paragrafen 13 des Gesetzes über den Arbeitsvertrag können nicht auf eine Vereinbarung über die Höhe der Entlohnung für Ueberstunden bezogen werden, und zwar nicht einmal dann, wenn diese Ueberstunden von der zuständigen Behörde nicht bewilligt wurden. Denn das Gesetz, welches eine bestimmte Arbeitszeit vorgeschrieben, bestimmt auch, daß jede über diese Arbeitszeit hinaus geleistete Arbeit besonders entlohnt werden muß, und droht mit Strafen für die Verletzung des Gesetzes. Diese Bestimmungen hat der Gesetzgeber in der Erwägung aufgenommen, daß sonst der Arbeitgeber als die wirtschaftlich stärkere Partei seine Stellung gegenüber den Arbeitnehmern nicht zu erhalten und die Sache so einzurichten könne, daß der Arbeitnehmer ausdrücklich oder stillschweigend mit Ueberstunden ohne jede Entlohnung einverstanden wäre, was es sicherlich in einem solchen Falle

die Arbeitnehmer von dem Bestreben leiten ließe, unter allen Umständen eine Beschäftigung zu erlangen, welche sie sonst nicht erlangen würden, oder aber, wenn sie sie erlangt haben, befürchten müßten, daß sie sie wieder verlieren würden und darum nicht den Mut hätten, ihre — sei es selbst vom Gesetze anerkannten — Ansprüche auf die besondere Entlohnung für die Ueberstunden anzumelden und sie noch während der Dauer des Arbeitsverhältnisses geltend zu machen. Es ist daher klare Pflicht des Gesetzes, den Arbeitnehmer als die wirtschaftlich schwächere und vom Willen des Arbeitgebers abhängige Partei wirksam gegen die Möglichkeit der Umgehung des Gesetzes, welches zur Erzielung eines sozialpolitischen Zweckes, nämlich zur Verhinderung der Ausbeutung der Arbeitnehmer durch den Arbeitgeber erlassen wurde, zu schützen. Dieser Zweck kann aber nur dann erreicht werden, wenn den Arbeitnehmern ein bedingungsloser Anspruch auf die Entlohnung für jede geleistete Ueberstunde zuerkannt wird. Es ist richtig, daß das Gesetz durch die Einführung einer Arbeitszeit durch Festsetzung einer bestimmten Anzahl von Arbeitsstunden auch den Arbeitsmarkt in der Hinsicht schützen soll, daß es die Arbeitslosigkeit möglichst vermindert. Dieser Zweck des Gesetzes wird aber auch durch die in den Strafbestimmungen festgesetzten Geldstrafen wirksam geschützt. Der Zweck des Gesetzes erheischt es somit nicht, daß verbotsmäßige Vereinbarungen, welche mit dem Inhalt des Gesetzes im Widerspruch stehen, für ungültig angesehen werden, auch was die Entlohnung der Ueberstunden, die von den autonomen Behörden nicht bewilligt wurden, anbelangt.

Das Gesetz enthält selbst keine Androhung der Nichtigkeit von Vereinbarungen über unerlaubte Ueberstunden und da der Zweck des Gesetzes selbst nicht normenwidrig ist, die Ungültigkeit derselben verlangt, sind Vereinbarungen über die Entlohnung für Ueberstunden und auch Vereinbarungen über Pauschalentlohnung dieser Entlohnung gültig, da die Höhe einer Entlohnung der freien Disposition der Vertragsparteien unterliegt.“

In dieser Entscheidung ist das G. O. nun gebunden. Dem Rechte empfinden der Arbeiter und Angehörigen entspricht dieses Indikat. Wenn Ueberstunden nach dem Wortlaut des Gesetzes besonders zu entlohnen sind, dann dürfen sie nicht pauschalisiert werden. Diese Entscheidung widerspricht aber auch dem von unserer Republik ratifizierten „Washingtoner Uebereinkommen“, das im Art. 6 Abs. b) bestimmt:

„Der Lohnsatz für diese Ueberstunden ist im Vergleich mit dem gewöhnlichen Lohne mindestens um 25 Prozent zu erhöhen.“

Wie in einer Pauschalentlohnung dieser Bestimmungen entsprochen werden soll, ist ein Rätsel, seit

steht nur das Eine, daß von nun ab der Kampf um die Einhaltung des achtstündigen Arbeitstages ernstlich ist, denn das bisherige Gemächnis für die willkürliche Ueberschreitung der Arbeitszeit, die besondere Bezahlung der Ueberstunden, kann nun durch die Pauschalentlohnung der Ueberstunden die Arbeitnehmer als die wirtschaftlich Schwachen vor Ausbeutung nicht schützt, sondern diese noch ermächtigt.

Soll diese Entscheidung des Plenarrates des G. O. die Verbitterung der Arbeitnehmer nicht freigezogen und die sozialen Spannungen verschärft, dann muß sehr bald das Gesetz vom 19. Dezember 1918 über die achtstündige Arbeitszeit novelliert und dem Wortlaut des Washingtoner Uebereinkommens angepaßt werden.

## Abkommen mit Deutschland

### Erhöhung des Warenaustausches, Ausdehnung des Fremdenverkehrs

Mittwoch wurde im Berliner Auswärtigen Amt ein deutsch-tschechoslowakisches Berechnungsabkommen unterzeichnet, das an die Stelle des alten Berechnungsabkommens vom Jahre 1934 tritt. Das Abkommen ist das Ergebnis der Tagung des Deutschen und des tschechoslowakischen Regierungsausschusses für die Regelung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen, die in Hamburg stattgefunden hat. Der Verlauf dieser Tagung kann als durchaus befriedigend bezeichnet werden. Es hat sich gezeigt, daß die bisherige Entwicklung des Warenaustausches und Zahlungsverkehrs zwischen den beiden Ländern so günstig gewesen ist, daß die Möglichkeit bestand, eine erhebliche Ausdehnung des Warenaustausches ins Auge zu fassen. Die Wertgrenze für die Einfuhr tschechoslowakischer Waren in Deutschland und die Kontingente für die Einfuhr deutscher Waren in die Tschechoslowakei sind in einem solchen Umfang erhöht worden, daß der Warenaustausch zwischen beiden Ländern im Jahre 1938 erheblich größer sein werde, als in den letzten vier Jahren. Das heißt, seit Einführung der Devisenbeschränkung zu stellen, als bisher. Der Verlauf der Verhandlungen hat im übrigen gezeigt, daß es möglich war, nicht nur in bezug auf die oben erwähnten wichtigen Fragen zu einer beide Teile befriedigenden Einigung zu gelangen, sondern daß auch eine Reihe weiterer Differenzpunkte im gemeinsamen Einvernehmen geregelt und die bei der Abwicklung des Warenaustausches und Zahlungsverkehrs auftretenden kleineren Schwierigkeiten beseitigt werden konnten.

## Eine ausbesserungsbedürftige Freundschaft!

### Zur deutsch-polnischen Minderheiten-Erklärung

Aus Katowitz wird uns geschrieben:

Nach einer Monate hindurch währenden Verhandlungswelle gegen die beiderseitigen Minderheiten in Deutsch- und Polnisch-Oberschlesien, die vor Verhandlungen von Minderheitsangehörigen und Schließung ihrer Vereinskassen nicht halt machte, ist am 6. November in Berlin und Warschau zu gleicher Zeit durch die beiderseitigen Staatshäupter eine Minderheiten-Erklärung feierlich abgegeben worden. Wird in Zukunft nach Sinn und Wortlaut der Erklärung in Polen und Deutschland gegenüber den Minderheiten gebandelt, so dürfte zweifellos die deutsch-polnische Spannung eine Entlastung erfahren, was der im Januar 1934 abgeschlossene Freundschaftspakt zwischen Berlin und Warschau bisher nicht zustande gebracht hat. Es ist seit Monaten kein Geheimnis, daß der deutsch-polnische Freundschaftspakt sehr ausbesserungsbedürftig ist, wie die Pressepolemiken zwischen polnischen und reichsdeutschen Blättern seit Wochen beweisen haben. Es fehlt in polnischen Kreisen nicht an Meinungen, die offen ausdrücken, daß Polen erst dann im Ausland seinen früheren guten Ruf wieder gewinnen wird, wenn es sich von der Berliner Freundschaft löst.

Die deutsch-polnische Minderheiten-Erklärung kommt in einem Zeitpunkt, da die polnische Presse voller Anklagen ist über die Vorgänge in der „Freien Stadt Danzig“, wo die polnische Minderheit der schärfsten Verfolgung ausgesetzt ist, von den SA-Stürmen als vogelfrei erklärt wird. Im gleichen Augenblick, da man sich in Berlin und Warschau entschließt, von einer Sicherung der Daseinsberechtigung der gegenseitigen Minderheiten zu sprechen, erklärt Hitlers Bevollmächtigter in Danzig, Gauleiter Forster, daß der Zeitpunkt bald kommen wird, da über Danzig die Reichsflagge wehen werde, was gleichbedeutend ist mit der Beseitigung der polnischen Einflüsse in dieser „Freien Stadt“, die arhenpolitisch durch das Warschauer Außenamt im Auftrag des Völkerbundes vertreten wird.

Es sei dahingestellt, ob die untergeordneten Organe wirklich die Anweisung erhalten, sich bei der Behandlung der gegenseitigen Minderheiten nach Sinn und Buchstabe der Erklärung zu verhalten. Aber kein Geheimnis ist es, daß man zu beiden Seiten der Grenzen während der Verhandlungen um diese Minderheiten-Erklärung bemüht war, vollendete Tatsachen zu schaffen. Die diese Erklärung kaum wohl beseitigen wird. In Katowitz wurde der Ausschuß der Evangeli-

## Ziehung der Klassenlotterie

(Ohne Gewähr.)

Frage. Bei der Rittwisch-Ziehung der V. Klasse der 37. tschechoslowakischen Klassenlotterie wurden nachstehende Gewinners gezogen:

- 20.000 Kč die Lose Nr. 22.903, 23.767, 26.206, 35.753, 72.994.
- 10.000 Kč das Los Nr. 22.951.
- 5000 Kč die Lose Nr. 187, 761, 3027, 7443, 10.944, 13.298, 30.765, 31.078, 47.189, 53.761, 53.967, 65.749, 68.922, 99.746, 116.978.
- 2000 Kč die Lose Nr. 10.709, 13.441, 15.883, 17.183, 20.503, 23.671, 29.830, 36.446, 37.322, 41.376, 50.597, 52.020, 54.600, 62.852, 68.440, 74.107, 87.241, 89.017, 89.080, 89.508, 90.283, 94.025, 96.606, 100.420, 103.339, 105.575 usw.

in Hindenburg wurde ausdrücklich darauf verwiesen, daß mit dem deutsch-polnischen Freundschafts-abkommen kein Verzicht auf eine Grenzrevision gegenüber Polen ausgesprochen ist, daß man sich das geraubte Land wieder holen wird. Und in polnischen Kreisen hat man immer wieder betont, daß der Freundschaftspakt an der Grenze der Wojwodschaft aufhöre, irgend eine Bedeutung zu haben und daß er schließlich nur ein diplomatisches Werk für die beiderseitigen Regierungen sei. Es ist ja auch kein Geheimnis, daß gerade es Berlin war, welches der deutschen Minderheit freischnepfend hat, im Augenblick von allen Beschwerden beim Völkerbund wegen der Unterdrückung der deutschen Minderheit abzugehen, damit das „junge Pflänzchen der deutsch-polnischen Freundschaft nicht gefährdet werde“. Es darf bei diesem Zustand nicht darauf ankommen, ob einige deutsche Arbeiter und Angestellte mehr oder weniger entlassen werden, belehrte Dr. Goebbels in Berlin eine Delegation der deutschen Angestellten aus Polnisch-Oberschlesien, die dort über die Auswirkung des Berlin-Warschauer Paktes bei ihm Beschwerte führten.

Der Jubel über diese Minderheiten-Erklärung ist in der deutschen Presse in Polen groß. Viel nüchternere wird sie schon in der polnischen Regierungspresse aufgenommen und die polnische Oppositionspresse mahnt bei ihrer Aufnahme zur Vorsicht, da es ja bekannt sei, daß im Dritten Reich Verträge nur dann geachtet werden, wenn sie den Machthabern nützen, die Unterdrückung der polnischen Minderheit im Reich beweise, daß der Austroitzungsprozess so gut wie beendet sei. Und wie zum Spott füllt man gerade die Nummern der Wäcker mit einer Reihe neuer Unterdrückungsmahnahmen gegen die polnische Minderheit in Deutsch-Oberschlesien, wo zugleich die Erklärung über die zukünftigen Absichten der Regierungen veröffentlicht werden.

Auch wir sind der Meinung, daß der soeben veröffentlichten Erklärung keinerlei andere Bedeutung zukommt, als daß man die seit langem ausbesserungsbedürftige deutsch-polnische Freundschaft, mit einer die untergeordneten Organe zu beiden Seiten der Grenze nicht bindenden Maßnahme, reparieren wollte. Die polnische Oppositionspresse gibt wenigstens offen zu, daß der Austroitzungsprozess gegen die polnische Minderheit in Deutsch-Oberschlesien bereits vollendet sei. Die gleichgeschaltete deutsche Minderheitspresse wiegt sich noch in der Illusion, als wenn sie den Verfall des Reichstums, der erst mit der Gleichhaltung eingetreten ist, aufhalten könnte. Dabei gibt es so gut wie keine staatlichen Minderheitsschulen mehr, die deutschen Privatschulen mühten infolge Mangels an Schülern geschlossen werden, weil deren Väter die Arbeitsstelle nicht verlieren wollten und bei den weit über 100.000 Arbeitslosen in Oberschlesien, die kaum je wieder in den Arbeitsprozess eingestellt werden, befinden sich über 65 Prozent deutscher Minderheitsangehöriger, weil sie den Versicherungen der Nazi-Agenten Glauben schenken, daß Adolf Hitler sie bald vom polnischen Joch befreien werde. Durch die abgegebene Minderheiten-Erklärung wird die Bilanz nicht besser, worüber schon die nächsten Wochen ein bitteres Zeugnis ablegen werden.

## Arnold Zweig

### Zu seinem 50. Geburtstag

Zu den geistigen Menschen dieser Zeit, deren entscheidendes Erlebnis der Weltkrieg geworden ist, gehört im besonderen Maße der Schriftsteller Arnold Zweig, der am 10. November 1887 in Ologau (Schlesien) geboren ist. Stefan Zweig und er sind nicht Brüder wie etwa Thomas und Heinrich Mann. Aber auch die beiden Namensvettern unterscheiden, was die Brüder Mann der Struktur ihres Werkes nach trennt: Arnold Zweig ist der wie Heinrich Mann härter dem Weltanschaulichen verhaftete, der aktivistischere Autor; mit fortschreitender Politisierung der Welt waren auch für ihn Kunst und Zeit nicht mehr voneinander zu scheiden, Gestaltung nur dann noch von Wert, wenn sie eintritt ins Geschehen der Lage, Stellung bezog, Bekenntnis war zu den großen Gegenständen der Menschheit.

Der Literaturgeschichte und Philologie auf deutschen Universitäten studiert und doktoriert hatte und später das Zeugnis seiner kultivierten Geistigkeit auf solchen Gebieten mit einem Band Essays über Lessing, Kleist, Büchner (und nicht zufällig über diese drei!) unter Beweis stellte, hatte sich mit seinen in vielen Sprachen übertragene „Novellen um Claudia“ einen guten Namen gemacht (1912), als jenes Ereignis eintrat, das mehr als in andere in sein Leben eingriff: der Krieg, der ihn 13 Monate lang vor Verdun verschlug, gab nicht nur seinem Schaffen die klare Wendung, seinem Einsatzwillen die letzten An-

triebe, sondern er traf ihn auch leidlich aufs Tiefste, indem er seine Gesundheit untergrub und diesen, ohne das Buch nicht denkbaren Geistigen um das gesunde Augenlicht brachte, gegen dessen völliges Verlöschen er noch heute kämpft.

„Der Streit um den Sergeanten Grischa“ ward eines der bekanntesten Kriegsbücher. In einem Stil, der bereits den Meister zeigte, in einem Ausdruck, der an erlebter Wahrheit zu wünschen nichts übrig ließ, dokumentierte Arnold Zweig hier jene Bestimmung der pazifistischen Kriegsgegnerschaft, die deutlicher als es Remarque oder auch Benn getan haben, den preussischen Militarismus anklagte. Daß er später, in „De Vriendt lecht heim“ und erst kürzlich in „Erziehung vor Verdun“, das entscheidende Erlebnis wieder aufleuchten ließ, beweist seine Sachhaltigkeit. Gleichzeitig aber vertiefte es sich zu grundsätzlicheren Gedanken. Wenn er, besaß nach den Gründen seines Fortgangs aus Deutschland 1933, in einer Zeitschrift geantwortet hat: „Ich ging in die Emigration, weil ich als freier Schriftsteller gegen die Vergewaltigung des Geistes, die Verheerung der Völker, die Ausbeutung der arbeitenden Klassen, die Unterdrückung des freien Denkens und die Zerstörung der persönlichen Würde gearbeitet habe“, so ist das nur der konzentrierte Sinn einer immer verantwortungsvollen literarischen Bemühung, die nie leichtfertig mit dem Wort umging, immer auf gediegene Form hielt und zu den maßvollen Zeugnissen deutschen Geistes gehört. (Obwohl Arnold Zweig Jude ist, und sich als Jude bekennt!)



### Diana Franzbranntwein- und ein laib Brot



verjagen aus jedem Haus die grösste Not.

### Prager Zeitung

Die Deutsche Hauptstelle für Wohnungs- und Siedlungsfürsorge veranstaltet am 19. November abends 6 Uhr einen Lichtbildvortrag über das Thema: **Altstadtsanierung**, gehalten von Dr. Ing. Otto Schütz-Czer. In die Entwicklung unserer Städte kam durch die industrielle Zeit ein derartiges Tempo, daß ihr äußeres Bild nicht nur von Grund auf umgewandelt wurde, sondern auch schwere soziale Schäden auftraten. Der Vortrag versucht nun jene Ursachen aufzudecken, welche zu diesen Zuständen führten und jene Mittel daraus abzuleiten, welche einer Gesundung förderlich sind. Der Lichtbildvortrag findet im Dadaartheater des Deutschen Hauses, Graden 28, statt. Gäste sind willkommen.

Die Auslösung der Geschworenen für die fünfte Schwurgerichtsperiode wurde gestern unter Vorsitz des Kreisgerichtspräsidenten Dr. Franz Dostal vollzogen. Unter den ausgelosten 86 Hauptgeschworenen befinden sich 16 Frauen, unter den neun Ersatzgeschworenen eine Frau. Der sozialen Zusammensetzung nach überwiegt wie gewöhnlich das Kontingent aus der Berufsgruppe der Pensionisten und Rentnerinnen, bzw. Frauen. Die Schwurgerichtsperiode, deren genaues Programm bereits noch nicht feststeht, beginnt am 29. November.

Schwachmüdigkeit will seine Frau ermorden. Gestern hielt um 9 Uhr vormittags die Polizei einen Menschen an, der den Eindruck eines Schwachmüdigen machte. Auf der Polizeiwache gab er an, Josef Kroupa zu heißen und aus Hohenstadt in Böhmen zu stammen; er sei ebensolch nach Prag gefahren, um seine Frau, die von ihm getrennt in Rumänien lebe, zu ermorden, doch seien auf ihr Gesichts die Nachbarn zusammengelaufen, so daß er die Mordtat ergriffen habe. Kroupa wurde dem Polizeiarzt vorgeführt, der feststellte, daß es sich um einen gemeindefählichen Geisteskranken handele. Er wurde der Anstalt in Prag II. übergeben.

### Gerichtssaal

#### Gastspiel internationaler Taschendiebe

Prag. — Die drei Anklagen, die gestern vor dem Tribunal des O. L. T. II. standen, gehören der Kunst der internationalen Taschendiebe an, deren Bekämpfung sich die internationale Adhäsionszentrale mit beachtlichem Erfolge befleißigt. Vier von den fünf Leuten auf der Anklagebank stammen aus Ungarn und figurieren als Kockleute der internationalen Taschendiebstahlbande in den Verzeichnissen des internationalen Kriminaldienstes. Ladislav Saska, Andreas Gasaikat und Marie Cotter sind Kockleute internationalen Norms und haben zum Teil auch die Bekanntheit tschechoslowakischer Gefängnisse erlangt. Auf diesen Umstand ist auch ihre Verhaftung zurückzuführen. Saska war im Gefängnis mit einem gewissen S. bekannt geworden, einem Kleinfuhrer, der ebenfalls eine bunte kriminelle Vergangenheit hinter sich hat, nun aber als teumittler und geübter Hehler auftritt. Am Juli d. A. erhielt S. einen Brief seines ehemaligen Hellenenoffen Saska, in welchem dieser ankündigte, daß er mit drei Freunden in nächster Zeit nach Prag kommen werde. Ueber dieses Brauer Verlöbte war S. keinen Augenblick im Zweifel. Dagegen doch Saska im Verlaufe der gemeinsamen Strafbauh sich seiner Taten und der daraus erflössenden vieljährigen Gefängnisstrafen hinreichend gerühmt.

In diesem Brief erlaubte der Taschendieb Saska, der ursprünglich Rahmentänzer gewesen war, seinen ehemaligen Hellenenoffen, ihm für seinen Brauer Aufenthalt Quartier zu gewähren. Dieser zeigte sich nach Ankunft der Gesellschaft nicht ohne Interesse für seine Unternehmung angedeihen zu lassen und empfing als Annehmlichkeit für die gewöhnliche Gastfreundschaft eine goldene Taschenuhr. Den Abend verbrachte die Gesellschaft in ansehnlicher Unterhaltung im Gräuhaus „U. Pledu“. Dem Unterhändlerbräuer brannete aber dieses feithare Anzeihen in der Tasche und so nahm er die Gelegenheit wahr, die Polizei auf seine Quartierstraße aufmerksam zu machen. Nach dem Lokal erlösch eine Polizeipatrouille und nahm die fröhlich scherzende Gesellschaft fest.

Die Kriminalabteilung der Brauer Polizeidirektion stellte fest, daß die Kunereisten gleich nach ihrer Ankunft in Prag empfangen Arbeit geleistet hatten. Die als „Annehmlichkeit“ bei dem teumittler Herrn S. demonstrierte Uhr erwies sich als Eigentum eines gewissen Herrn Kubiljak, dem sie auf dem Donabahnhof gestohlen worden war. Bei der Konfrontation erkannte der Verstoßene in der Anklage Marie Cotter jene verdächtige Frau, die sich im Gefängnis auffallend an ihn angedrückt hatte. Außerdem fand man bei den Verhafteten noch eine Geldtasche und eine weitere Uhr, die die Verste mit gleichen Taten vorstellten. Das Mischel hat die meisten Stunden zwischen seiner Ankunft und Verhaftung wirklich unbeschäftigt ausgenutzt.

Die Staatsanwaltschaft überreichte die Anklage gegen die drei Ausländer und auch gegen den Anzeiger S., der allerdings festgefroren wurde. Was die übrigen Anklagen betrifft, so bestritten sie jede Schuld, wie dies in solchen Fällen üblich ist. Momentlich die Marie Cotter beteuerte, sie sei lediglich eine Prostituierte, aber keine Diebin, von welcher Behauptung sie auch dann nicht abließ, als der Vorsitzende ihr unanständiges Strafmaß verlas. Der Gerichtshof leitete die ebensolche, Glauben wie ihren Spielgesellen und verurteilte die Cotter wie auch den Anzeiger Saska zu acht Monaten schweren Kerker. Die schwerer belasteten Anklagen Gasaikat und Sedor wurden zu je einem Jahr verurteilt; und für hässliche Verurteilte die Ausweisung aus dem Staatsgebiet nach betrübter Strafe ausgesprochen.

### Kunst und Wissen

#### Der Weibsteufel

Das Deutsche Theater unternahm gestern in der Kleinen Bühne den löblichen Versuch, den zeitgenössischen österreichischen Dramatiker Karl Schönherr durch eine Aufführung seines „Weibsteufel“ zu ehren, jener Hart- und glühvollen, im alpenländischen Grenzbergwald spielenden, erschütternden und theatralisch wirklichen Dichtung, die seinerzeit nicht nur im Burgtheater oder auf der Egl-Bühne, sondern an jedem österreichischen Provinstheater das Publikum zu tiefst ergriff. Man ginge wohl fehl, wenn man diesen Schönherr heute als überaltert bezeichnen möchte; vom Dichter her scheint heute noch genau so wie vor einem Vierteljahrhundert alle Voraussetzungen zur vollen Wirksamkeit dieses Dramas gegeben zu sein. Um so bedauerlicher, daß die Aufführung in der Kleinen Bühne im wesentlichen als anklungen bezeichnet werden muß. Dolores Moncafi ist schon äußerlich nicht recht das bäuerliche Härtenhafte Weib, dem man Alpenluft und Waldheimat vorweg glaubt; sie ist aber auch nicht die erregende Kinderlose, die den brutalen Griff des Grenzjägers in die Trube, in der die nie gebrauchte Kinderwähe liegt, als den tragischen, alles erklärenden Akt in das Dera der nach Erfüllung sich sehnen Frau zu gestalten vermag. Die Moncafi ist vital, temperamentvoll, triebhaft, aber ihr „Weib“ ist eher eine großstädtische Kannaille als eine prachtvolle Bauerngestalt, die in Befessenheit gerät; anstatt herb, resolut, kraftvoll, fortreichend und schließlich zu allem entschlossen zu sein, ist dieses „Weib“ losgerberlich und reicherlich; in der letzten Szene wird dieses „Weib“ fälschlich fast zur Vorhändlerin, sprachlich durch Tonstärke und im Dialektmäßigen beinahe schmerzhaft laut und unergötzlich; man wird sie und da im Ohr aufgerüttelt, niemals gedacht, geschweige denn ergriffen oder auch nur gerührt.

Vielleicht wäre die Wirkung etwas stückerichter ausgefallen, wenn den Fundstätten der Moncafi das große Haus zur Verfügung gestellt worden wäre. So aber wäre nur noch die Frage zu beantworten, ob die Minklerin mit in der Vorstellung in ihren Mitteln sich so betriebl oder aber ob der Regisseur, Herr Costa, den Weibsteufel sich eben so vorstellte.

So im übrigen Verdienste dieser Regieführung liegen, vermochten wir nicht zu ergründen. Dagegen kann festgestellt werden, daß sich Herr Costa als „der Mann“ anständig aus der Affäre zog, freilich ohne vom Anfang an eindringlich genug zu charakterisieren und ohne das Weib, das die Frau vor dem „Mischelshemmandl“ empfand, genügend glaubhaft zu machen. Herr Klippel ist rollensprechend ein baumstarker Jäger, zwar deutlich hörbar mehr als aus dem nordböhmisches Grenzgebirge als aus irgendeinem Alpenland kommend, und nicht überzeugend in der Beriffenheit unter den Hängen des Weibsteufels, aber echt in leidenschaftlicher, ehrlicher Männlichkeit.

Es gab möglichen Falls — das Stück behält eben auch bei schwächerer Wiedergabe eine gewisse Theaterwirksamkeit. Aber eine Ehrung Schönherr hätte ganz, ganz anders ausfallen müßte. L. G.

Ein Partei-Drucker in Brünn. Vor einiger Zeit wurde eine Orchesterbetriebsung unserer Partei gegründet, die nun nach sorgfältiger Probenarbeit zum ersten Male im Rahmen einer Akademie auftritt. Diese Akademie findet am Samstag, den 13. d. M., um 19.30 Uhr im großen Saale des Arbeiterheimes statt. Außer dem Orchester, das unter der Leitung S. u. a. n. e. s. steht, werden noch der Tschechoslowakischer Sängerbund und mehrere Kunstkräfte mitwirken.

Das Theater-Abonnement 1937/38 wird weiter ausgearbeitet. Voller Erlös der gespielten Vorstellungen nur noch bis Mittwoch, den 17. November. Auf zahlreiche Anfragen: Am Dienstag-Abonnement keine Karten mehr erhältlich. Sehr gute Parkett- und Balkonplätze (vor allem Donnerstag und Freitag) zu haben.

Wochenplan des Neuen Deutschen Theaters. Heute, Donnerstag halb 8 Uhr: Frauen in New York, G. 1. — Freitag halb 8 Uhr: Frühling, D. — Samstag 7: Lohengrin, G. 2. — Sonntag halb 8: Die Gaardfürstin, halb 8: Frauen in New York, D.

Wochenplan der Kleinen Bühne. Heute, Donnerstag 8: Die Reise, Bankbeamte 2 und freier Verkauf. — Freitag 8: Parfische 13, Ideateramente des Kulturbundes und freier Verkauf.

lauf. — Samstag 8: Hilde und das Lotteriespiel. — Sonntag 8: Rausch, 9: George und Margarete, Erstaufführung.

### Sport-Spiel-Körperpflege

#### Konferenz der sozialistischen Zentralkommission für Körperkultur

Am Sonntag tagten in Prag die Vertreter der DZ, der Kinn-Union und des Prager und Pilsener Arbeiter-Sportvereins; ihre Beratungen galten der im heurigen Jahre von den genannten Verbänden geleisteten Arbeit und der zukünftigen Tätigkeit. Als erster Punkt wurde die Wehrerbildung behandelt. Nach einem Referat des Sekretärs der DZ Chardát entspann sich eine rege Aussprache, die sehr zur Klärung der bestehenden Ansichten beitrug, so daß man sagen kann, daß die sozialistische Arbeiter-Sportbewegung in der Tschechoslowakei vollkommen vorbereitet ist und bei der Durchführung des Geleges einträglich vorgehen wird. Dierauf wertete der amtierende Vorsitzende Zentralkommission der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale, Senator Müller, die III. Internationale Arbeiter-Olympiade sowohl vom inneren Standpunkte aus als auch in Bezug auf den äußeren Erfolg. Sodann wurde den Delegierten Bericht erstattet über die Vorbereitungen zur IV. Tschechoslowakischen Arbeiter-Olympiade, welche für 1940 in Prag geplant ist. Diese Aktion, die eine große Demonstration für Demokratie, Sozialismus und die Republik werden wird, soll alles überbieten, was von den Arbeiter-Körperkulturorganisationen in der Tschechoslowakei bisher geleistet wurde. Die Vertreter aller Verbände sicherten ihre Beteiligung und Unterstützung an. Der Vorsitzende Ulrich gab dann das Programm der Sechzig-Jahr-Feier der tschechischen sozialdemokratischen Partei bekannt. Nachdem Budra im Namen des Pilsener DZ-Kreises die Einladung zu dem dortigen, im kommenden Jahre stattfindenden Turn- und Sportfest überbrachte, wurde die erfolgreiche Konferenz geschlossen.

#### Westböhmisches Arbeiterfußball

Zum ernsthaftesten Kandidaten für den Herbstmeistertitel hat sich Unterreichenau qualifiziert, das einen schönen Sieg über den Aistlermeister Grassl erringen konnte. Der Kauling Neufall hatte das Bede, die Trabowiger in besonderer Form anzutreffen und mußte eine hohe Niederlage einstecken. In sich halle Rapid Karlsbad beide Punkte und rückte dadurch vom allerletzten Tabellenplatz etwas ab. Eine Heberholung war der hohe Sieg Kaiserhöfen über Reudel, der auch eine bessere Platzierung in der Tabelle mit sich brachte. Pallenau spielte in Jüßern bis zum Spielabbruch torlos.

Die Ergebnisse: Aist Unterreichenau gegen Aist Grassl 5:1, Aist Jüßern gegen Aist Pallenau 0:0, Aist Neufall gegen Aist Trabowig 0:7, Aist Kaiserhöfen gegen Aist Reudel 5:1, Aist Aist gegen Rapid Karlsbad 1:2. — Aist Kaiserhöfen: Aist Aist gegen Aist Aist, Reg. 33 Pallenau 4:2.

Stand der Tabelle

Aist Unterreichenau	8	6	1	30:12	18
Aist Pallenau	9	5	2	26:18	12
Aist Aist	7	4	1	23:10	9
Aist Trabowig	9	4	1	24:17	9
Aist Reudel	8	4	0	18:18	8
Aist Kaiserhöfen	8	3	1	23:15	7
Rote Elf Chodau	7	3	1	19:20	7
Aist Jüßern	8	2	3	12:15	7
Aist Grassl	7	2	2	23:25	6
Aist Aist	8	2	0	11:27	4
Rapid Karlsbad	7	2	0	8:26	4
Aist Neufall	2	1	0	1:2:5	2

### Vereinsnachrichten

N. B. Prag, heute, Donnerstag, den 11. November 1937, Übungsabend auf der G. E. in J. L.

#### Mitteilungen aus dem Publikum.

Im Kleinen Dorke, ebenso wie in der Großstadt — überall ist die „Diana“-Schokolade bekannt und beliebt. Schon seit 40 Jahren sucht jeder Schokoladenkenner die typisch violette Packung dieser Marke und die durch diese lange Zeitspanne immer gleichbleibende Beliebtheit ist wohl der beste Beweis für die hohe Qualität der „Diana“-Schokolade.

### An unsere Abonnenten und Genossen!

Wir werden wie im Vorjahre die

### Neujahrs-Enthebungen

in unserem Blatt veröffentlichen, wodurch den Genossen die mit den Neujahrsgratulationen verbundenen erheblichen Unkosten erspart bleiben. Die Enthebung kostet K 10.— und wird nach Orten geordnet, lediglich Namen und Beruf enthalten. Wir ersuchen alle Abonnenten, die tieferstehende Enthebungsbestellung freundlichst auszufüllen und umgehend an uns einzusenden. Die Bestellungen müssen bis spätestens 10. Dezember bei uns einlangen.

Die Verwaltung.

Leserlich ausfüllen!

### Neujahrs-Enthebung

für „Sozialdemokrat“

Ich bestelle hiemit unter dem Namen: .....

Beruf: ..... Ort: .....

eine Neujahrsenthebung zum Betrage von K 10.— und sende Ihnen diesen Betrag per Erlagschein ein.

Unterschrift: .....

### Das Volksbildungshaus Urania in Prag

gibt hiemit die traurige Nachricht, daß der Rat des Obersten Gerichtes a. D.

### Heinrich Weinhuber

am 9. November 1937 nach schwerem Leiden entschlafen ist. Der Reichsratsrat hat seit der Gründung unserer Urania als I. Präsident durch zehn Jahre und später wieder bis zu seiner letzten Erkrankung an der Spitze des Vereines gestanden. Wir werden ihn nicht vergessen!

Volksbildungshaus Urania

Prag, am 10. November 1937.

481

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Versand durch die Post monatlich K 16.—, vierteljährlich K 48.—, halbjährig K 96.—, ganzjährig K 192.—. Inserate werden laut Tarif billiger berechnet. Bei direkten Einschickungen Postnachricht. Nachzahlung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken. — Die Zeitungsfabrik wurde von der Volk- und Zeitungsdruckerei in Prag übernommen. — Druckerei: „Orbis“, Druck-, Verlags- und Zeitungs-K. G. Prag.